

AIPA 1/2005

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Thomas Jäger und Henrike Viehrig

Gesellschaftliche Bedrohungs-
wahrnehmung und Elitenkonsens.
Eine Analyse der europäischen
Haltungen zum Irakkrieg 2003



Lehrstuhl Internationale Politik
Universität zu Köln

ISSN 1611-0072

AIPA 1/2005

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Thomas Jäger und Henrike Viehrig

Gesellschaftliche Bedrohungs-
wahrnehmung und Elitenkonsens.
Eine Analyse der europäischen
Haltungen zum Irakkrieg 2003

ISSN 1611-0072

Herausgeber:

Lehrstuhl für Internationale Politik

Universität zu Köln, Gottfried-Keller-Str. 6, 50931 Köln

Druck:

Hausdruckerei der Universität zu Köln

Redaktionelle Bearbeitung:

Sabine Janatschek

Für Anregungen und Kommentare danken wir Rasmus Beckmann, Anna Daun, Christoph Hagen, Alexander Höse und Kai Oppermann

Köln 2005

ABSTRACT

Die Entscheidungen der europäischen Regierungen bezüglich des Irak-Kriegs der Vereinigten Staaten im Frühjahr 2003 haben in Europa zu kontroversen Reaktionen geführt. Einerseits entspann sich die Diskussion zwischen den Regierungs- und Oppositionslagern, die in der medialen Verstärkung öffentlich gemacht wurde. Andererseits vertraten die jeweiligen europäischen Öffentlichkeiten bestimmte Positionen, die z.T. durch Demonstrationen wiederum Zugang zur massenmedialen Berichterstattung erhielten.

Die Position sowie der Grad der Einigkeit innerhalb der politischen Elite eines Landes stellt in dieser Studie die ausschlaggebende Größe für die Art und Richtung der medialen Vermittlung dar. Davon ausgehend betrachten wir für die Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Portugal und Spanien auch die Medienberichterstattung sowie die Position der jeweiligen Öffentlichkeiten im Vergleich.

Im Ergebnis unserer Untersuchung zeigt sich neben dem Phänomen des *power indexing* der Grad der Einigkeit innerhalb der nationalen Eliten in einigen Fällen als ausschlaggebend für die Steuerung der öffentlichen Meinung. Er erklärt jedoch nicht den gesamten Kommunikationsprozess zwischen Eliten, Medien und Öffentlichkeit.

Henrike Viehrig

Diplom-Regionalwissenschaftlerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln, Forschungsschwerpunkte:

Bedrohungswahrnehmung, Medien und Öffentliche Meinung im außenpolitischen Prozess.

Thomas Jäger

ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Politik und Außenpolitik an der Universität zu Köln, letzte Buchpublikationen: (mit Gerhard Kümmerl, Marika Lerch und Thomas Noetzel) (Hrsg.): Sicherheit und Freiheit. Außenpolitische, innenpolitische und ideengeschichtliche Perspektiven, Baden-Baden, 2004; (mit Alexander Höse und Kai Oppermann) (Hrsg.): Die Sicherheitsstrategie Europas und der USA, Baden-Baden, 2005.

INHALT

1. Einleitung	1
2. Vorgehen	4
3. Ergebnisse der Einzelstudien	6
3.1. Deutschland	6
3.2. Frankreich.....	11
3.3. Großbritannien	14
3.4. Italien.....	17
3.5. Portugal.....	20
3.6. Spanien.....	25
4. Synthese der Einzelstudien	29
4.1. Eliten.....	29
4.1.1. Identifizierung und Zusammensetzung der Eliten.....	30
4.1.2. Positionen der Eliten.....	32
4.1.3. Konsensgrad der Eliten	33
4.2. Mediale Verstärkung der Elitenpositionen	34
4.3. Öffentliche Meinung.....	35
4.3.1. Haltung zum Irak-Krieg.....	35
4.3.2. Bedrohungswahrnehmung.....	36
4.3.3. Retrospektive Irak-Krieg.....	37
5. Fazit	40
6. Literatur	41
7. Anhang	43
7.1. Medienpräsenz der Eliten	43
7.2. Positionen der Eliten.....	43

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Elitenpositionen Deutschland: Mittelwerte, Streuungswerte	8
Abbildung 2	Elitenpositionen Frankreich: Mittelwerte, Streuungswerte.....	12
Abbildung 3	Elitenpositionen Großbritannien: Mittelwerte, Streuungswerte	15
Abbildung 4	Elitenpositionen Italien: Aufschlüsselung.....	18
Abbildung 5	Elitenpositionen Portugal: Mittelwerte, Streuungswerte	21
Abbildung 6	Medienberichterstattung Portugal	23
Abbildung 7	Öffentliche Meinung Portugal	24
Abbildung 8	Elitenpositionen Spanien: Mittelwerte, Streuungswerte	27
Abbildung 9	Öffentliche Meinung Spanien	28
Abbildung 10	Retrospektive: Bedrohungswahrnehmung, Irak-Krieg.....	38

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Eliten: Zusammensetzung, Positionen und Streuungswerte	31
Tabelle 2	Medienverstärkung: Methode, Ergebnisse	35
Tabelle 3	Öffentliche Meinung: Irak-Krieg, Bedrohungswahrnehmung, Retrospektive	39

Gesellschaftliche Bedrohungswahrnehmung und Elitenkonsens. Eine Analyse der europäischen Haltungen zum Irak-Krieg 2003

1. Einleitung

Im Vorfeld des Irak-Krieges 2003 wurde Europa politisch gespalten. Zwei Lager bildeten sich in Bezug auf die außenpolitische Zielsetzung der USA, im Irak mit militärischen Mitteln einen Regimewechsel herbeizuführen, um – so die offizielle Begründung – die Beziehungen zu *Al Kaida* zu unterbinden und die Massenvernichtungswaffen aufzuspüren. Der legendäre, provozierende Ausspruch des amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld vom "alten und neuen Europa" fachte die Diskussion um die politische Einigkeit der europäischen Staaten weiter an und zwang die einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union jeweils zu einer Stellungnahme gegenüber der amerikanischen Irak-Politik.

Dabei stellten sich insbesondere die Regierungen Deutschlands und Frankreichs gegen die amerikanischen Absichten und sprachen sich gegen eine Beteiligung an der Invasion aus. Sie verzichteten damit auf ihren potentiell vorhandenen Einfluss

innerhalb der westlichen Allianz. Die Regierungen von Großbritannien, Italien, Spanien und Portugal unterstützten hingegen die Entscheidung der USA für den Irak-Krieg und entsandten schließlich sogar eigene Truppenkontingente. Großbritannien als Hauptkoalitionspartner der USA stellte ca. 12.400 Soldatinnen und Soldaten für den Einsatz zur Verfügung, Italien 3.169, Portugal ursprünglich 128 und Spanien zu Beginn des Krieges ca. 1.300 (GlobalSecurity.org 2005; PWHCE 2005). In dieser Frage von Krieg und Frieden waren die Mitgliedstaaten der Europäischen Union uneins, eine Entscheidung über den Einsatz militärischer Kräfte behielt sich jeder Staat gesondert vor. Die Europäische Union dokumentierte, dass sie kein handlungsfähiger internationaler Akteur ist und Beobachter sprachen von einer langdauernden Spaltung der ihre Staaten repräsentierenden politischen Eliten.

Ganz anders bei der öffentlichen Meinung; hier schienen sich die integrativen Kräfte deutlich zu artikulieren. Denn im Gegensatz zur Debatte innerhalb der politischen Eliten stand zu Beginn des Jahres 2003 der Eindruck einer mehrheitlich kriegskritisch eingestellten europäischen Öffentlichkeit, die sich gegen den Irak-Krieg und gegen die amerikanische Außenpolitik zu großen Demonstrationen zusammenschloss. Die europäischen Öffentlichkeiten nahmen sich als wichtigen Teil der Weltöffentlichkeit wahr, indem sie sich selbst in ihrer medialen Vermittlung betrachteten. In London demonstrierten am 15. Februar 2003 750.000 Menschen, in Rom 600.000, in Berlin 500.000, in Paris 100.000, in Amsterdam 70.000 und in vielen anderen Städten fanden kleinere Proteste statt (Cowell 2003).

Aus dieser offensichtlichen Diskrepanz zwischen dem Willen des Souveräns und der tatsächlichen politischen Entscheidung durch die Regierenden in den einzelnen europäischen Ländern stellte sich für uns die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Einstellung der politischen Eliten und der öffentlichen Meinung. Dabei gehen wir von der Annahme aus, dass für die erfolgreiche Vermittlung einer Regierungsposition jeweils ein Bedrohungsszenario vermittelt werden muss, vor dessen Hintergrund die politischen Entscheidungen dem heimischen Publikum gegenüber gerechtfertigt werden können. Deshalb wird im Folgenden versucht, für sechs Ver-

gleichsfälle die Entstehung und – wo es möglich ist – die Steuerung von Bedrohungswahrnehmung nachzuzeichnen.

Einem psychologischen Ansatz folgend wird die individuelle Bedrohungswahrnehmung von zwei Fragen bestimmt (Bulmahn 2004:1-2):

- Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes bedrohliches Ereignis eintritt?
- Welche Möglichkeiten gibt es, die Folgen dieses Ereignisses zu begrenzen?

In der internationalen Politik sind die Möglichkeiten zur Begrenzung der Folgen einmal getroffener Entscheidungen für das einzelne Individuum äußerst eingeschränkt. Von daher basieren Bedrohungswahrnehmungen tatsächlich nur auf der Einschätzung der Bedrohlichkeit sowie der Eintrittswahrscheinlichkeit eines bestimmten Ereignisses.

Zur Analyse der Steuerung von Bedrohungswahrnehmung sind wir von der öffentlichen Meinung als abhängiger Variable ausgegangen. Als ursächlich für die Entstehung der jeweiligen öffentlichen Meinung nehmen wir hierbei die Haltung der politischen Elite des jeweiligen Landes in Kombination mit einer Verstärkung derselben durch die Medien an. Dieses Vorgehen steht im Gegensatz zur Herangehensweise "Öffentliche Meinung als verursachende Variable" (Margolis/Mausser 1989).

Zentrale Bedeutung hat für uns in der politischen Ausgangssituation der Grad der Einigkeit innerhalb der jeweiligen nationalen politischen Eliten. Denn das Meinungsspektrum, das innerhalb der Eliten eines Landes diskutiert wird, wird von den Medien in die Berichterstattung übernommen. Diese enge Beziehung zwischen Elitenmeinung und Medienberichterstattung wird auch als *indexing* bezeichnet (Bennett 1994: 31). Demzufolge passen die Medien die Meinungsbreite ihrer Berichterstattung an die Meinungsbreite innerhalb der politischen Führung an – sie 'indexieren' die Richtung, die von offiziellen Vertretern der politischen Elite für die außenpolitische Willensbildung angegeben wird. Wird dort offene Uneinigkeit gezeigt oder werden Konflikte ausgetragen, werden Pressevertreter diese Konflikte entsprechend wiedergeben. In der Folge wird auch die öffentliche Meinung nicht einseitig, sondern vielseitig beeinflusst. Es entsteht deshalb keine fokussierte Bedrohungswahrnehmung bei den Me-

dienrezipienten. Umgekehrt wird eine große Einigkeit innerhalb der politischen Elite eines Landes in den Medien umso stärker vermittelt und führt in der Folge zu einer homogenen Bedrohungswahrnehmung der Öffentlichkeit.

Unsere Hypothese lautet daher: *Je stärker der Konsens der politischen Elite zum Thema Irak-Krieg war, desto wirksamer erfolgte die Vermittlung der Elitenposition durch die Medien. Im Resultat ergibt sich eine gleichgerichtete Bedrohungswahrnehmung in der öffentlichen Meinung.* Dabei gehen wir vergleichend vor. Die Gegenüberstellung von Elitenpositionen, der medialen Vermittlung dieser Positionen und der öffentlichen Reaktion zwischen sechs verschiedenen Ländern soll auf diese Weise Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzeigen und Anstöße für eine vertiefte Recherche liefern.

2. Vorgehen

Die Überprüfung der Forschungshypothese wurde im Rahmen eines Forschungsseminars für jedes Land gesondert und von getrennten Forschungsgruppen durchgeführt. Die Hypothese sowie die Vorgehensweise wurden dabei zusammen erarbeitet um die größtmögliche Vergleichbarkeit der Einzelstudien zu gewährleisten. Die Zusammensetzung der Forschungsgruppen erfolgte nach vorhandenen Sprach- und Landeskennnissen. Dadurch konnte auch spezifisches Wissen in die Einzelstudien einfließen.¹

Die Auswahl der Vergleichsländer beschränkt sich auf Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Portugal und Spanien. Damit sind die beiden Hauptgegner des Irak-Kriegs sowie vier kriegsbefürwortende Länder – die sich gemeinsam mit anderen europäischen Staaten in einem gesonderten Schreiben ("Brief der Acht") an den Sicherheitsrat der UNO gewandt hatten – in der Analyse vertreten.

1 Die einzelnen Länderstudien (einsehbar unter: <http://www.politik.uni-koeln.de/jaeger/lehre/jaegersemplan2.html>) wurden erstellt von Katrin Gerseker, Djuke Nickelsen, Jan Hildebrand, Till Kühnhausen (Deutschland); Sandra Berkling, Esther Hoffstadt (Frankreich); Alexandra Eul, Jennifer Lachman, Jörg Meyer, Dennis Werner (Großbritannien); Caroline Schwartz, Kerstin Fohrn (Italien); Sylvia Miskowiec, Ami v. Beyme, Gero Graf, Rouben Bathke (Spanien); Kristina Schlachetzki, Daniel Schmidhäussler (Portugal). Ihnen allen gilt unser herzlichster Dank!

Die Untersuchung teilte sich für jede Forschungsgruppe in drei Hauptbereiche auf: die Eliten, die Medien und die öffentliche Meinung. Für den Bereich der Eliten stand an erster Stelle die Identifizierung der jeweiligen politischen Eliten. Dabei gingen wir von einem politisch-medialen Elitenbegriff aus: *politisch*, weil es sich um Träger von Entscheidungsmacht im politischen Raum handelt und *medial*, weil die Präsenz dieser Träger in den Medien für die Erstellung der jeweiligen nationalen Ranglisten entscheidend war. Zu diesem Zweck wurden für jedes Land mehrere Schlüsselereignisse im Vorfeld des Irak-Kriegs definiert, bei denen in der medialen Nachbereitung die verschiedenen Positionen der Meinungsführer in den Medien Niederschlag fanden.

Anschließend wurden die Positionen der Elitenvertreter anhand von Primärquellen (Regierungsdokumenten, Interviews, Pressemitteilungen etc.) herausgefiltert und messbar gemacht. Da es sich um eine Konsens-Dissens-Analyse handelt, konnte die einmal festgestellte Meinung eines Elitenvertreters jedoch nicht als statischer Wert angenommen werden, sondern es musste geprüft werden, inwieweit die Positionen im Betrachtungszeitraum variierten. Diese Überprüfung fand anhand von Stellungnahmen (z.B. Website, Interviews) oder anhand von Zitaten der Elitenvertreter in den Medien statt. Die Verortung der Elitenpositionen wurde in einer ordinalen Skala von eins bis fünf vorgenommen. Eins bezeichnet hierbei die uneingeschränkte Zustimmung zum Irak-Krieg, zwei die eingeschränkte Zustimmung, drei eine neutrale Haltung, vier die eingeschränkte Ablehnung des Krieges und fünf die uneingeschränkte Ablehnung dieses Krieges.

Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Mittelwerte der Positionen für jeden Elitenvertreter errechnet. Das Berechnen von Mittelwerten ist bei ordinalen Skalenniveaus methodisch nicht exakt, dient jedoch an dieser Stelle zur Vereinfachung der Darstellung und zur besseren Übersicht. Gleiches gilt für die Berechnung und Interpretation der Standardabweichung.²

2 Die Standardabweichung (s) ist die Quadratwurzel der Varianz (s^2), die sich wiederum aus der Summe der Abweichungsquadrate, geteilt durch die Fallzahl n errechnet. Die Mittelwerte wurden pro Zeitpunkt bzw. Zeitraum für jeden Elitenvertreter ermittelt und bestimmen sich aus der Summe der Einzelwerte, geteilt durch die Fallzahl n .

Der Anspruch eines einheitlichen Vorgehens für die Messung der medialen Vermittlung stellte für die Forschungsgruppen eine große Herausforderung dar. Denn beginnend mit der Auswahl und Verfügbarkeit der Quellen über die Unterschiede der nationalen Medienlandschaften bis hin zu sprachlichen Feinheiten ergab sich bereits hier ein sehr differenziertes Bild.

Daher wurde folgendes Vorgehen vereinbart: Die häufigsten Äußerungen der Elitenvertreter wurden in Schlagworte formuliert und diese wurden in die Suchfunktion von Printmediendatenbanken eingegeben. Das erste "Opfer" der Einheitlichkeit war hierbei die Forschung für Portugal, da die portugiesischen Printmedien in keiner öffentlich zugänglichen Datenbank erfasst sind. Die übrigen Ländergruppen formulierten aufgrund der erhaltenen Ergebnisse Aussagen über die Intensität und den Zeitverlauf der medialen Verstärkung der Eliten-Argumente im Vorfeld des Irak-Konflikts.

Den dritten Teil bildete die Messung der Bedrohungswahrnehmung in der Bevölkerung der einzelnen europäischen Länder. Das Wesen und die ökonomischen Zwänge der Meinungsumfrage-Institute haben allerdings zur Folge, dass Meinungsbilder über die Außenpolitik immer nur dann erhoben werden, wenn eine außenpolitische Thematik gerade aktuell ist. Im Vorfeld des Irak-Krieges gibt es eine Reihe von Umfragen, die allerdings nicht immer vergleichbar sind, aber dennoch präzise Stimmungsbilder aus den einzelnen Ländern wiedergeben. Im Folgenden sollen die einzelnen Länderstudien mit ihren wichtigsten Ergebnissen vorgestellt werden, bevor in Kapitel 4 die Einzelergebnisse zusammengeführt werden.

3. Ergebnisse der Einzelstudien

3.1. Deutschland

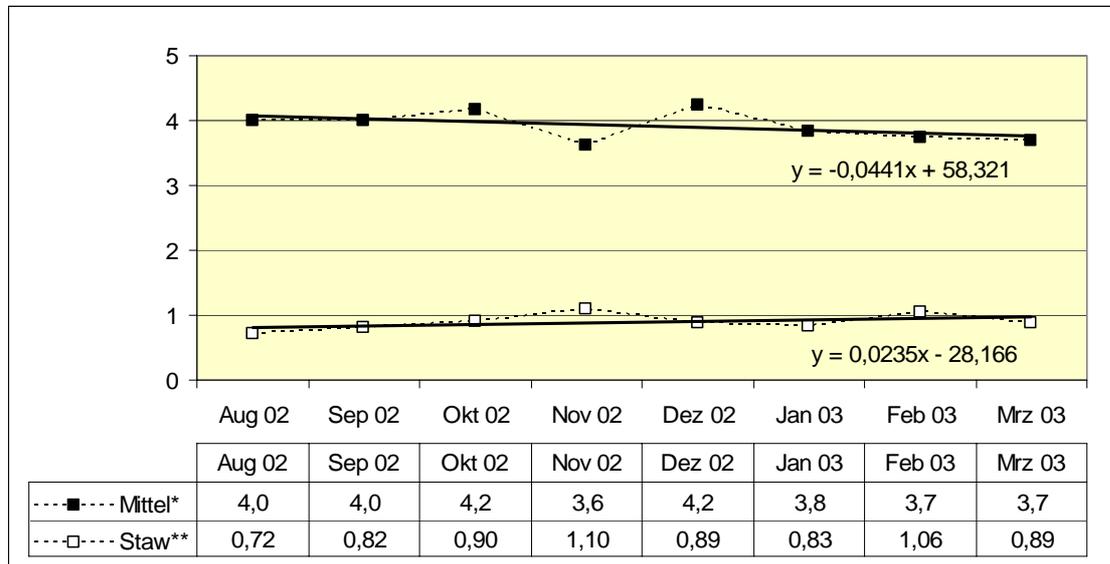
Die Bestimmung der Vertreter der politischen Elite Deutschlands erfolgte durch die Häufigkeit, mit der sie in den deutschen Printmedien in der jeweiligen Folgewoche von drei Schlüsselereignissen zitiert wurden: der Wahlkampfrede von Gerhard Schrö-

der am 5. August 2002 in Hannover, dem NATO-Gipfel in Prag am 21. und 22. November 2002 und der Rede Colin Powells vor dem UNO-Sicherheitsrat am 5. Februar 2003. Die vier am häufigsten zitierten Vertreter waren: Bundeskanzler Schröder (108 Zitate), Außenminister Fischer (52 Zitate), Verteidigungsminister Struck (29 Zitate) und der oppositionelle Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (25 Zitate). Weiterhin zur Elite zählend wurden ermittelt: Oppositionsführerin Merkel (21), der außenpolitische Experte der CDU Schäuble (13), der stellvertretende Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages Klose (11) und der außenpolitische Sprecher der SPD, Erler (7). Auffällig ist, dass die Führung der FDP in dieser Aufstellung nicht vertreten ist – ein Beleg dafür, dass sich die Partei in der Debatte um den Irak-Krieg nicht medienwirksam positioniert hat.

Die Haltung der acht Elitenmitglieder zum Irak-Krieg bewegte sich im Durchschnitt zwischen 2,7 im Fall Wolfgang Schäubles und 5,0 im Fall Gerhard Schröders (vgl. Anhang 7.1.). Damit steht Schäuble für eine neutrale bis leicht kriegsbefürwortende Haltung, während Schröder den Irak-Krieg uneingeschränkt ablehnte. Würde man die Haltungen der Eliten nach den Häufigkeiten ihrer Zitate in den Printmedien gewichten, fiel die ablehnende Position von Gerhard Schröder wesentlich drastischer ins Gewicht als die verhalten wiedergegebene Unterstützung der Opposition. Insgesamt ergibt sich mit einem rechnerischen Durchschnittswert von 3,9 eine gemäßigt ablehnende Haltung der deutschen politischen Elite in der Frage des Irak-Krieges.

Im Zeitverlauf betrachtet sinken die monatlichen Mittelwerte aller Elitenvertreter zwischen August 2002 und März 2003 von 4,0 auf 3,7 leicht ab. Das heißt, dass die Haltungen der Eliten im Zeitverlauf durchschnittlich weniger kriegskritisch als zu Beginn der Debatte sind. Die Standardabweichung, also das Maß für die Streuung der Positionen nimmt im gleichen Zeitraum leicht zu (vgl. Abb. 1 und Anhang 7.2.).

Abbildung 1 Elitenpositionen Deutschland: Mittelwerte, Streuungswerte



* Mittelwert; ** Standardabweichung

Die Elitenvertreter beharren auf ihrer jeweiligen Position und verstärken ihre Gegensätzlichkeit sogar noch leicht. Insgesamt fällt das Maß der durchschnittlichen Streuung mit 0,9 jedoch recht gering aus. Die Haltung der deutschen Elite zum Irak-Krieg kann als gemäßigter Konsens in der eingeschränkten Ablehnung des Kriegs bezeichnet werden.

Die Verstärkung der Elitenargumente durch die Medien wurde für die in Deutschland erscheinenden und in der Datenbank LexisNexis verzeichneten Zeitungen und Nachrichtenagenturen gemessen, indem die häufigsten Argumente in Schlüsselwörter umgewandelt und mit verschiedenen Kombinationen als Suchworte in LexisNexis eingegeben wurden. Das erste Kombinationspaar sollte die Verstärkung der Contra-Argumente messen: "Irak + Krieg + Zivilbevölkerung + Leid" (Contra 1) und "Irak + Krieg + völkerrechtswidrig" (Contra 2). Die Pro-Kriegs-Argumente wurden mit folgenden Suchwortkombinationen gemessen: "Diktator + Massenvernichtungswaffen + Terroristen + Gefahr" (Pro 1) sowie "Diktator + Giftgas + Kurden" (Pro 2). Dabei ergab sich im Untersuchungszeitraum vom 5. August 2002 bis zum 19. März 2003 eine quantitativ gleichmäßige Wiedergabe von Pro- und Contra-Argumenten (33 bzw. 125 Tref-

fer für Contra 1 und 2 sowie 112 bzw. 41 Treffer für Pro 1 und 2). Diese gleichmäßige Wiedergabe steht unserer Hypothese, nach der sich die Medienberichterstattung an der Elitenmeinung orientiert, zunächst entgegen.

Über den Zeitverlauf betrachtet konnten deutliche Unterschiede in der Verwendung der Indikatorbegriffe festgemacht werden: So ergab sich ein erster Höhepunkt in der Woche vom 9. bis 15. September 2002 (14 Treffer für die Pro- und 4 Treffer für die Contra-Argumente), ein zweiter Höhepunkt in der Woche vom 7. bis 13. Oktober 2002 und als besonders herausragender Zeitpunkt die Woche vom 27. Januar bis 2. Februar 2003. Dies kann mit den realen Ereignissen dieser Wochen erklärt werden.

Gemäß dieser Untersuchung standen im Jahr 2002 die Argumente gegen den Krieg im Vordergrund, und auch im Jahr 2003 dominierten mit der Zunahme der Kriegswahrscheinlichkeit die Schlagwortkombinationen Contra 1 und 2 in den Printmedien. Die Medienberichterstattung intensivte sich bis zum Kriegsbeginn. Eine genauere inhaltliche Untersuchung der Pro-Kriegs-Argumente ergab jedoch, dass diese vor allem Zitate ausländischer Akteure darstellten. Dieser Rückgriff auf externe Argumente erklärt dann auch die quantitativ ausgewogene Verteilung der Pro- und Contra-Indikatoren.

Zur Ergänzung der bisherigen Untersuchung wurde das Vorkommen des Arguments "Öl" in den deutschen Medien überprüft. Obgleich das Argument "die USA führen Krieg um Öl" von den Vertretern der deutschen Elite nicht genannt wurde, war es in den Medien und in der öffentlichen Meinung in Deutschland stets präsent. Diesbezüglich konnte hier der Beleg erbracht werden, dass die Medien auch eigenständig Themen auf die Agenda setzten, die nicht von den Elitenvertretern vorgegeben wurden.

Die ausgewerteten Meinungsumfragen ergeben, dass eine große Mehrheit in Deutschland den Irak-Krieg ablehnt. Die ersten Umfragedaten von *TNS Emnid* liegen vom Monat Mai 2002 vor (60% halten eine Militärintervention für nicht gerechtfertigt) und werden durch Daten von *Forsa* ergänzt. Im Zeitverlauf und mit der Intensivierung der Diskussion in den Eliten und den Medien stieg der Anteil derer, die die Interventi-

on für nicht gerechtfertigt halten, bis auf einen Spitzenwert von 87 Prozent an (Januar 2003).

Nach den vermuteten Motiven der USA für einen Einmarsch in den Irak befragt, geben im März 2003 61 Prozent der Befragten an, dass "Öl" das Hauptmotiv der USA darstelle (*Infratest dimap*). Diese deutliche Misstrauensäußerung gegenüber den offiziellen Zielen der USA und die Abweichung gegenüber den von deutschen Elitenvertretern hervorgebrachten Argumenten lässt auf eine deutliche Diskrepanz der Bedrohungswahrnehmung innerhalb der deutschen Bevölkerung schließen. Obwohl der Irak-Krieg ungerechtfertigt erscheint, den USA der Kampf um die Ölhoheit als wichtigstes Motiv unterstellt und eine deutsche Beteiligung am Militäreinsatz abgelehnt wird, glaubten im September 2002 dennoch 56 Prozent der Befragten, dass vom Irak eine ernsthafte Bedrohung ausgeht (*Emnid*). Angst vor Terroranschlägen äußerten im Untersuchungszeitraum zwischen 48 und 84 Prozent (Januar 2003 bzw. Oktober 2002; *Forsa*). Das offensichtliche Paradox der deutschen öffentlichen Meinung – sich nämlich einerseits vom Irak bedroht zu fühlen, andererseits jedoch jede militärische Gewaltanwendung abzulehnen – scheint vor allem eines auszudrücken: Ablehnung der amerikanischen Politik und ihrer weltweiten Führungsrolle. Ob sich diese Ablehnung aus der Überzeugung speist, dass militärische Mittel im Kampf gegen den Terrorismus unwirksam sind, oder ob diese Ablehnung der Ausdruck einer grundsätzlichen anti-amerikanischen Einstellung ist, kann aus dem vorhandenen Datenmaterial nicht geschlossen werden.³

Die These, dass Einigkeit unter den Eliten für verstärkte Medienvermittlung und demzufolge für eine ausgeprägte Bedrohungswahrnehmung sorgt, kann zwar nicht mit letzter Bestimmtheit bewiesen werden, jedoch sprechen die Daten dafür, dass in Deutschland im Vorfeld des Irak-Krieges eine Einheitlichkeit zwischen Eliten, Medien und öffentlicher Meinung bestanden hat.

3 Zum Begriff des Antiamerikanismus vgl. Höse/Oppermann 2005.

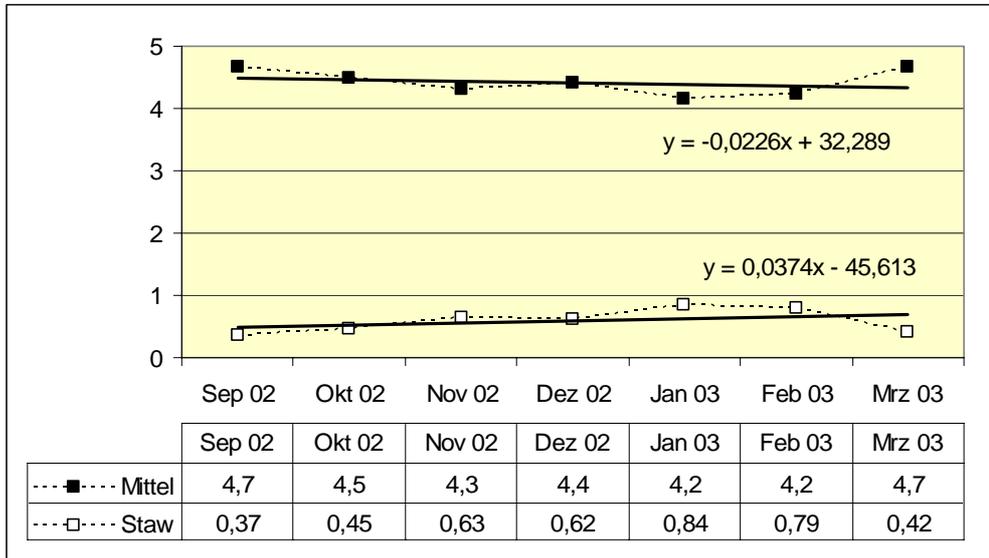
3.2. Frankreich

Die politische Elite Frankreichs wurde in einem ersten Schritt durch die Erstellung einer vorläufigen Liste von Inhabern politischer Ämter und den Führungspersönlichkeiten der Parteien erhoben. Danach testete die Forschungsgruppe die Zitierhäufigkeit der Vertreter in den Medien und legte anschließend fünf Schlüsselereignisse⁴ fest, an deren jeweils folgenden zwei Tagen die wichtigsten französischen Tageszeitungen nach Zitaten der Elitenvertreter durchsucht wurden. Nach ihrer Zitierhäufigkeit geordnet ergab sich eine Rangfolge der wichtigsten neun französischen Politiker (vgl. Anhang 7.1.). Am häufigsten zitiert wurde Außenminister Dominique de Villepin (47 Zitate), gefolgt von Premierminister Raffarin (43), Präsident Chirac (32) und dem UMP-Vorsitzenden Juppé (30). Die dominante Position des Außenministers ist ein bedeutendes Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen hier untersuchten Ländern, in denen der Regierungschef mit großem Abstand am häufigsten in den Medien zitiert wird. Keine Erwähnung in den Medien fand Verteidigungsministerin Michèle Aillot-Marie; sie wurde dennoch in die Liste der Elitenvertreter aufgenommen, da sie an der regierungsinternen Debatte um den Irak-Konflikt maßgeblich beteiligt war.

Die nunmehr zehn Personen umfassende Elite wurde nach ihrer Haltung zum Irak-Krieg untersucht, indem Pressemitteilungen, offizielle Stellungnahmen und Interviews ausgewertet wurden. Dabei zeigte sich, dass die Anzahl der geäußerten Meinungen auf Webseiten und anderen zugänglichen Dokumenten zum Teil deutlich von der Anzahl der in den Medien wiedergegebenen Zitaten abweicht. Die Bandbreite der untersuchten Meinungen reicht von durchschnittlich 3,7 (Verteidigungsministerin Aillot-Marie) bis 5,0 (Oppositionsvertreter Ayrault, Hollande und Buffet). Im Zeitverlauf fallen die durchschnittlich geäußerten Meinungen leicht ab, was darauf hindeutet, dass mit dem nahenden Krieg auch weniger kriegskritische Argumente genannt wurden (vgl. Abb. 2).

⁴ Zwei Parlamentsdebatten (8.10.2002 und 26.2.2003), Verabschiedung der UNO-Resolution 1441 (8.11.2002), 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages (22.1.2003) und Colin Powells Rede vor dem UNO-Sicherheitsrat (5.2.2003).

Abbildung 2 Elitenpositionen Frankreich: Mittelwerte, Streuungswerte



Insgesamt lehnt die politische Elite Frankreichs jedoch den Krieg durchgehend auf sehr hohem Niveau ab. Die durchschnittliche Standardabweichung von 0,6 belegt auch, dass die Positionen bezüglich des Irak-Kriegs minimal um den Mittelwert herum streuen. Die französische Elite zeigt einen nahezu perfekten Konsens in der Ablehnung des Krieges.

Eine qualitative Präzisierung der Elitenmeinung – indem die gesammelten und bewerteten Argumente thematisch gruppiert wurden – erbrachte, dass bei annähernd der Hälfte der Argumente eine Kriegsablehnung mit der Ablehnung der Führungsrolle der USA begründet wurde. Insbesondere die Gefährdung der Kompetenzen des UNO-Sicherheitsrates durch das unilaterale Vorgehen wurden dabei kritisiert. Als zweithäufigstes Argument tritt eine auf ethischen und traditionellen Grundwerten basierende Ablehnung des Krieges auf – eine Haltung, die verstärkt im Februar 2003 zu Tage trat.

Die Messung der Verstärkungswirkung durch die Medien bringt erneut einen französischen Sonderfall hervor. Da die Eliten geschlossen eine Anti-Kriegs-Haltung vertraten, wurde in der Medienanalyse auch nur die Verstärkung der negativen Argumente gemessen. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Argumente "Massenvernichtungswaffen" und "internationales Recht" sowie "Unilateralismus" die häufigsten Treffer erzielten. In der zeitlichen Verteilung zeigte sich die höchste Frequenz in den Mo-

naten Januar bis März 2003. In dieser Zeit fielen die Werte für die Standardabweichung leicht nach unten, was bedeutet, dass es eine geringere Streuung der Elitenmeinung gibt. Für die Phase Januar bis März 2003 bestätigt sich demnach die Hypothese, dass ein erhöhter Konsens innerhalb der Elite auch verstärkt medial vermittelt wird. Allerdings ist die hier angewandte Methode nicht ausreichend differenziert, um diesen Zusammenhang mit letzter Konsequenz nachzuweisen. Die verstärkte Nennung des Arguments "Massenvernichtungswaffen" kann z.B. nicht automatisch als Zunahme der Bedrohung durch den Irak gewertet werden.

Die französische öffentliche Meinung war während des gesamten Untersuchungszeitraums mehrheitlich gegen einen Angriff auf den Irak eingestellt. Im August 2002 lag der Prozentsatz der Ablehnung bei 58 Prozent und stieg im September 2002 auf 76 Prozent (*CSA, IPSOS, TNS-sofres*). Zwischen Oktober und Dezember 2002 waren keine Umfragen mit vergleichbarer Fragestellung verfügbar; in den Monaten Januar, Februar und März 2003 bewegte sich der Anteil zwischen 73 und 82 Prozent.

Auf die Frage, von welchen Ländern eine Bedrohung für den Weltfrieden ausgeht, gaben die meisten Befragten im September 2002 den Irak an, gefolgt von Israel, Afghanistan und den USA (*TNS-sofres*). Ein Jahr zuvor wurden der Irak an zweiter und die USA noch an achter Stelle genannt. Dies belegt, dass die Bedrohungswahrnehmung gegenüber dem Irak, aber auch gegenüber den USA zugenommen hat.

Nach einer hypothetischen Autorisierung des Militäreinsatzes durch die UNO befragt, gaben im Februar 2003 17 Prozent der Befragten an, dass sie dann eine französische Teilnahme befürworten, 47 Prozent plädierten für eine Unterstützung, aber keine Truppenentsendung und 33 Prozent lehnten auch unter dem Umstand einer UNO-Resolution eine Teilnahme an einer Intervention ab (*IPSOS*). Insgesamt speist sich die Ablehnung eines Militäreinsatzes in der französischen Bevölkerung aus der Ablehnung der amerikanischen Politik und aus der Überzeugung, dass Krieg kein adäquates Mittel zur Bekämpfung von Terrorismus ist.

Die Ausgangshypothese – dass ein Konsens der Eliten eine Verstärkung in den Medien und demzufolge eine Steigerung der Bedrohungswahrnehmung verursacht –

kann hier bestätigt werden, wenn auch mit gewissen Ausnahmen. So wurde zum Beispiel von den Eliten die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen kaum thematisiert, aber in den Medien verstärkt wiedergegeben. Für den Untersuchungsabschnitt Januar bis März 2003 aber lässt sich gut nachweisen, dass ein hoher Elitenkonsens (belegt durch sinkende Standardabweichungen) zu einer Verstärkung durch die Medien führt (erhöhtes Volumen der Medienberichterstattung in dieser Zeit) und zu einer verstärkten Bedrohungswahrnehmung, wie sie anhand der Meinungsumfragen ersichtlich ist.

3.3. Großbritannien

Großbritannien unterscheidet sich in dieser Analyse von Deutschland und Frankreich dahingehend, dass sich das Vereinigte Königreich tatsächlich am militärischen Einsatz im Irak beteiligt hat. Die Vermittlung dieser Entscheidung durch die Regierung Blair in die britische Öffentlichkeit erlangt vor diesem Hintergrund besondere Bedeutung.

Zur Ermittlung der Elitenpräsenz in den Medien wurden die großen britischen Tageszeitungen (ohne Agenturmeldungen und Regionalzeitungen) mit den Suchworten "Iraq" und "Weapons of mass destruction" für drei Zeiträume von ein bis zwei Wochen Dauer⁵ durchsucht. Die in diesen Artikeln genannten Personen wurden dann als der Elite zugehörig betrachtet. Dabei dominierten Zitate und Erwähnungen von Premierminister Blair, gefolgt von Außenminister Straw, Fraktionsführer Cook, Entwicklungsministerin Short und fünf weiteren Politikern (vgl. Anhang 7.1.).

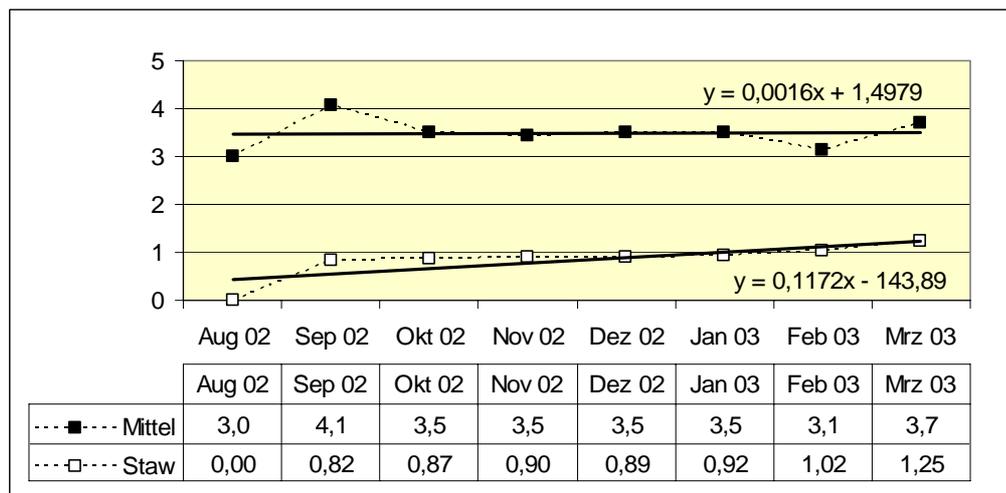
In der Bewertung der Elitenpositionen wurden zwei Äußerungen Tony Blairs als Benchmark verwendet: Im September 2002 äußerte er vor dem britischen Parlament noch eine grundlegend ablehnende Haltung gegenüber einem Einsatz im Irak (Bewertung 5); im März 2003 stellte er einen Angriff auf den Irak als letztmögliche Chance zur Wahrung des Weltfriedens und der Sicherheit dar (Bewertung 1). Die Mittelwerte der

5 Zeitraum 1 – 28.8.02-6.9.02 (10 Tage nach Rede von Dick Cheney mit der Ankündigung, den Irak anzugreifen am 27.8.02); Zeitraum 2 – 23.-28.9.02 (die Woche der britischen Regierungserklärung zur Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen vom 24.9.02); Zeitraum 3 – 6.-19.3.03 (14 Tage vor dem Beginn des Irak-Krieges 20.3.03).

Positionen der Elitenmitglieder bewegen sich zwischen 5,0 (Labour-Mitglied Dalyell) und 2,67 (Außenminister Straw). Im Längsschnitt verlaufen die Meinungen der Elitenmitglieder durchschnittlich auf einer Höhe, d.h. innerhalb des Elitendiskurses hat es trotz der unterschiedlichen Haltungen von Blair im Durchschnitt keine messbare Verschiebung der Meinungen gegeben (vgl. Abb. 3).

Die durchschnittlichen Standardabweichungen belegen allerdings, dass der Dissens innerhalb der Elite zugenommen hat. Dies ist ein in nahezu allen Länderstudien beobachtbares Phänomen und besagt, dass sich die Positionen der Eliten zum Irak-Krieg im Verlauf der Diskussion verfestigt haben.

Abbildung 3 Elitenpositionen Großbritannien: Mittelwerte, Streuungswerte



Zur Messung der Verstärkungsleistung der britischen Medien wurden die Argumente der Eliten in zwei Themenfelder unterteilt: zum einen "Bedrohung" (Schlagworte: threat, war, terrorism, Iraq, Bush, weapons of mass destruction) und zum anderen das Themenfeld "Vereinte Nationen/Entwaffnung" (Schlagworte: United Nations/UN, Resolution 1441, Second Resolution, disarmament, Saddam, Iraq, peace, weapons inspectors).

Aus der Suche mit Stichwortkombinationen lassen sich folgende Erkenntnisse ableiten: In den britischen Medien wurde die Kriegsbedrohung durch Saddam Hussein personifiziert – die Suchkombinationen "Saddam+weapons of mass destruction" sowie "Saddam+disarmament" erzielte in beiden Themenkomplexen die höchste Trefferquo-

te. Auch der drohende Krieg fand häufig Erwähnung (577 Treffer für threat+war). Die Rolle der UNO wurde hingegen in den Medien weniger wiedergegeben – die Personifizierung des Kriegsgrundes durch Saddam Hussein überwiegt hier bei weitem.

In Einzelfällen konnte auch die Selektionsleistung der britischen Medien gemessen werden: exemplarisch hierfür steht eine Rede von Jack Straw, in der er am 9. Januar 2003 Saddam Hussein einen "pathway to peace" durch die Aufnahme der Waffeninspektoren anbot. Diese Formulierung erreichte in den hier untersuchten Medien trotz ihrer rhetorischen Zitierfähigkeit überhaupt keine Wiedergabe.

Die öffentliche Meinung in Großbritannien wurde von *MORI* in einer Langzeitstudie untersucht, die regelmäßig gleichlautende Fragen stellt und somit eine hohe Vergleichbarkeit der Umfrageergebnisse gewährleistet. So wurden auf die Frage: "What would you say is the most important issue facing Britain today?" zwischen August 2002 und März 2003 mit steigender Häufigkeit außen- und verteidigungspolitische Themen genannt. So stieg der Anteil derer, die außen- und verteidigungspolitische Probleme als wichtigste Themen betrachteten von ca. 30 Prozent im August 2002 auf knapp 70 Prozent im Februar 2003.

Die zweite Langzeitstudie (*ICM Research*) stellte zwischen August 2002 und Februar 2003 die Frage "Would you approve or disapprove of a military attack on Iraq?". Bis auf eine Ausnahme Mitte Oktober 2002 lehnt eine Mehrheit der Befragten einen militärischen Einsatz im Irak zumeist ab. Allerdings war diese Ablehnung starken Schwankungen unterworfen. Am niedrigsten war sie im Oktober 2002 (37%) – hier überwog die Zahl derer, die einen militärischen Einsatz befürworteten (42%). Am deutlichsten ist die Ablehnung des Krieges im Februar 2003 belegbar (52%), als die weltweiten Proteste gegen den Irak-Krieg zunahmen und die Politik von Premierminister Blair stärker zum Gegenstand der Kritik wurde. Kurz vor Beginn des Irak-Krieges stieg die Zustimmung für einen militärischen Einsatz noch einmal auf 38 Prozent an – eine Art Rally-Effekt (Mueller 1973) unter dem Gesichtspunkt, dass auch britische Truppen am Einsatz beteiligt waren.

In der Tendenz lehnten die Briten den Irak-Krieg zwar ab, jedoch ist die britische Öffentlichkeit im europäischen Vergleich am wohlwollendsten gegenüber einer militärischen Invasion im Irak eingestellt. Für Großbritannien lässt sich resümieren, dass hier in der politischen Elite erst ab Januar 2003 – also vergleichsweise spät – ein Diskurs entstand. Die Argumente wurden in den Medien dann in einer ähnlichen Bandbreite wiedergegeben, wie sie von den Eliten geäußert wurden. Der Anteil der befragten Briten, die einem militärischen Eingreifen zustimmten, überwog zwar nicht gegenüber dem Anteil der Kriegsgegner, ist aber bei den in dieser Studie analysierten Ländern am höchsten.

3.4. Italien

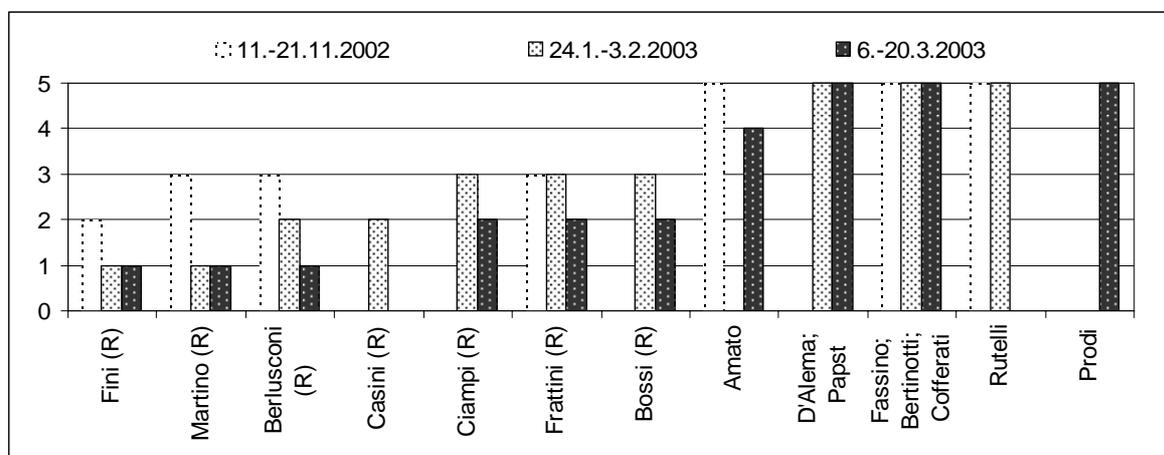
Auch Italien hat neben Großbritannien, Spanien und Portugal eigene Truppen in den Irak entsandt. Besondere Brisanz erhielt diese Entscheidung und ihre öffentliche Begründung durch die enge Verquickung der Regierung Berlusconi mit den nationalen Medienkonzernen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Untersuchung von Elitenposition, Medienwiedergabe und öffentlicher Meinung zu lesen.

Die Bestimmung der politischen Elite Italiens erfolgte durch ein induktives Vorgehen. Zunächst wurde eine Liste aller der Elite zuzurechnenden Personen erstellt, und anschließend wurde die Häufigkeit der Erwähnungen dieser Personen in Verbindung mit dem Suchbegriff "iraq" über den gesamten Untersuchungszeitraum August 2002 bis März 2003 gemessen. Hieraus ergab sich wiederum eine Rangliste von Artikeln, in denen die Person genannt wurden. Obgleich diese Untersuchung unabhängig für *La Stampa* und für *Corriere della Sera* durchgeführt wurde, ergaben sich zwei nahezu übereinstimmende Ranglisten, deren Ergebnisse addiert wurden. Demnach ergeben sich 617 Artikel für den Regierungschef Berlusconi – eine unangefochtene Führungsposition – und eine Überraschung für die zweithäufigste zitierte Person: Papst Johannes Paul II. (330 Artikel). Insgesamt umfasste die politische Elite Italiens 16 Personen (vgl. Anhang 7.1.).

Die Positionen der italienischen Elite zum Irak-Krieg schwankten zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Wert; am klarsten für einen Krieg sprach sich der stellvertretende Ministerpräsident Gianfranco Fini von der *Alleanza Nazionale* aus, dessen durchschnittliche Haltung mit 1,3 ermittelt wurde. Auf der Seite der ausgesprochenen Kriegsgegner (Durchschnittswert von 5,0) befanden sich gleich mehrere Vertreter der italienischen Elite: die Parteiführer Massimo D'Alema, Piero Fassino, Fausto Bertinotti und Sergio Cofferati sowie EU-Kommissionspräsident Romano Prodi und Papst Johannes Paul II.

Anders als bei den bisher betrachteten Ländern wurden für die italienische Kriegsdebatte die Positionen der Elitemitglieder in der Folgewoche von drei bestimmten Ereignissen gemessen – dem Entsenden der ersten UNO-Inspektoren in den Irak am 18. November 2002; der Rede von US-Präsident Bush zur Lage der Nation am 28. Januar 2003 und dem deutsch-italienischen Gipfel in Bremen am 6. März 2003. Über die Länge des Untersuchungszeitraumes August 2002 bis März 2003 liegen demnach nur drei Messwerte vor, die das Berechnen von Mittelwerten und Standardabweichungen zwar ermöglichen, aber weniger sinnvoll erscheinen lassen. Interessanter für das Fallbeispiel Italien ist das Auseinanderklaffen der Positionen zwischen Regierung (R) und Opposition (vgl. Abb. 4).

Abbildung 4 Elitenpositionen Italien: Aufschlüsselung



Es ist klar zu erkennen, dass im italienischen Diskurs über das Vorgehen gegen den Irak eine Kluft zwischen dem Regierungslager (Fini, Martino, Berlusconi, Casini, Ci-

ampi, Frattini und Bossi) und der Opposition (Amato, D'Alema, Fassino, Bertinotti, Rutelli) bzw. der Opposition nahe stehenden Elitenangehörigen (Cofferati, Prodi) und Papst Johannes Paul II. herrscht. Die Vergleichszahlen für die italienische Position nivellieren sich jedoch im Durchschnitt wieder, so dass die durchschnittliche Elitenposition mit 3,6 eine gemäßigte Anti-Kriegs-Haltung vertritt. Die Werte streuen im Durchschnitt mit 1,46 um diesen Mittelwert. Vom Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, Francesco Giordano, konnten für den Analysezeitraum keine Stellungnahmen identifiziert werden; er bleibt daher in der grafischen Darstellung unberücksichtigt.

Die Verstärkung durch die Medien wurde in den gleichen drei Ereigniszeiträumen gemessen, die auch für die Ermittlung der Elitenpositionen definiert wurden. Dazu wurden die aus Primärquellen extrahierten Hauptargumente der Elitenvertreter in Schlüsselwörter umformuliert und deren Verwendung in den italienischen Printmedien und Nachrichtenagenturen quantitativ erfasst. Hierbei zeigte sich, dass sowohl die negativ besetzten als auch die positiv besetzten Argumente gleichermaßen in den Medien wiedergegeben wurden, wenngleich für beide Untersuchungen nur eine geringe Fallzahl ermittelt werden konnte. Daher wird an dieser Stelle noch einmal auf die Identifizierung der Eliten verwiesen, in der die Vertreter der Regierung Berlusconi eine überproportionale Medienpräsenz aufweisen. Insgesamt ist also von einer stärkeren medialen Wiedergabe der Regierungsmeinung auszugehen – ein Fakt, der generell bei der Analyse italienischer Medienberichterstattung festgestellt wird (Baur 2004).

Zur Überprüfung einer möglichen Wirkung der Medienberichterstattung auf die öffentliche Meinung wurde nach Meinungsfragen gesucht, die Auskunft darüber geben, in welchem Maße sich die Italiener vom Irak bedroht fühlen und ob sie deshalb einen militärischen Einsatz befürworten. Die international durchgeführte *Worldviews* Befragung belegt, dass im Januar 2002 30 Prozent der italienischen Öffentlichkeit ausdrücklich gegen einen militärischen Einsatz im Irak eingestellt waren (Worldviews 2002). 54 Prozent stimmten einem Angriff unter der Bedingung zu, dass die UNO ein Mandat dafür erteilen würde. Damit fällt die Ablehnung des Irak-Kriegs

ähnlich der öffentlichen Meinung in Deutschland und Frankreich aus. Auch ein Jahr später sympathisierten die meisten Italiener mit der Position Frankreichs und Deutschlands (61 %), während nur 17 Prozent die Position von US-Präsident Bush unterstützten. Berlusconis Position, dass Italien als treuer Verbündeter an der Seite der USA stehen sollte, stimmten 30 Prozent der Befragten zu. Damit stand jedoch immer noch eine breite Mehrheit gegen Berlusconis Kriegskurs (SWG 2003).

Die Bedrohungswahrnehmung der italienischen Öffentlichkeit war zwischen Herbst 2002 und Frühjahr 2003 zumeist durch die Furcht vor Terrorismus geprägt (92 bzw. 89%). Gleichzeitig nahm die gefühlte Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen zwischen Herbst 2002 und Frühjahr 2003 um 7 Prozentpunkte, die gefühlte Bedrohung durch einen möglichen Weltkrieg hingegen um 11 Prozentpunkte zu.

Weder die Verstärkung durch die Medien noch die Bedrohungswahrnehmung durch die Bevölkerung scheinen in dieser Einzelstudie von der Einheitlichkeit der Elitenmeinungen abhängig zu sein. Italien passt demnach in keiner Weise in das durch die Hypothese postulierte Modell. Man kann also resümieren, dass Berlusconi zwar in den Medien äußerst präsent ist, für das Themengebiet Irak-Krieg aber nicht die öffentliche Meinung für seine Position gewinnen konnte. Anderen Elitenvertretern, wie z.B. Papst Johannes Paul II. oder Romano Prodi, ist es hingegen durchaus gelungen, mit ihren Positionen an die Öffentlichkeit zu dringen. Letztlich war auch die Angst der Bevölkerung vor einem möglichen Krieg stets größer als die Überzeugung, durch einen Militärschlag ein positives Ziel zu erreichen.

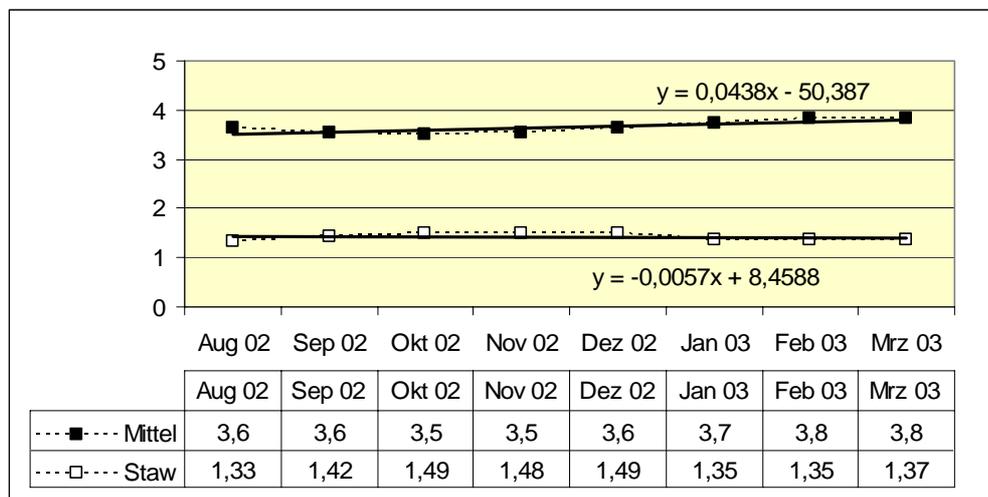
3.5. Portugal

Zur Identifizierung der politischen Elite Portugals wurden drei für die portugiesisch-amerikanischen Beziehungen prägende Ereignisse ausgewählt und an den jeweils folgenden sieben Tagen die Präsenz sowie die Meinungen der einzelnen Elitenvertreter in den portugiesischen Printmedien analysiert. Als die drei entscheidendsten Ereignisse wurden definiert: das Treffen von Durão Barroso und US-Präsident Bush in Washington am 9. September 2002; der "Brief der Acht" vom 30. Januar 2003 sowie der Azoren-

gipfel zwischen England, Spanien, Portugal und den USA am 17. März 2003. Da für die portugiesischen Zeitungen keine Datenbank zur Verfügung stand, wurden vor Ort die Zeitungen *Diário de Notícias*, *O Público*, *A Capital*, *Expresso* und *Correio da Manhã* in ihrer physischen Präsenz untersucht. Dieses abweichende Vorgehen eröffnete neue Erkenntnisse, z.B. über die Platzierung der Beiträge in den Zeitungen und die Errechnung einer entsprechenden Gewichtung.

Die politische Elite Portugals setzt sich nach der Recherche der Forschungsgruppe aus Premierminister Barroso, Oppositionsführer Rodrigues, Staatspräsident Sampaio und Außenminister Martins da Cruz sowie vier weiteren Politikern zusammen (vgl. Anhang 7.1.). In ihren Positionen zum Irak-Krieg – die für Portugal anhand von Pressemitteilungen, Parlamentsdebatten und Interviews von August 2002 bis März 2003 untersucht wurden – unterscheiden sich die Elitenmitglieder außergewöhnlich stark. So weist Regierungschef Barroso z.B. eine durchschnittliche Position von 1,0 auf, d.h. er plädierte im gesamten Diskurszeitraum uneingeschränkt für einen militärischen Angriff auf den Irak. Der am zweithäufigsten zitierte Oppositionsführer Rodrigues hebt sich dazu mit einen durchschnittlichen Meinungswert von 4,0 deutlich ab. Präsident Sampaio vertritt ebenfalls eine ablehnende Position (4,0), Außenminister Martins da Cruz hingegen stützt die Position seines Regierungschefs und stimmt dem Irak-Krieg nahezu uneingeschränkt zu (1,5).

Abbildung 5 Elitenpositionen Portugal: Mittelwerte, Streuungswerte



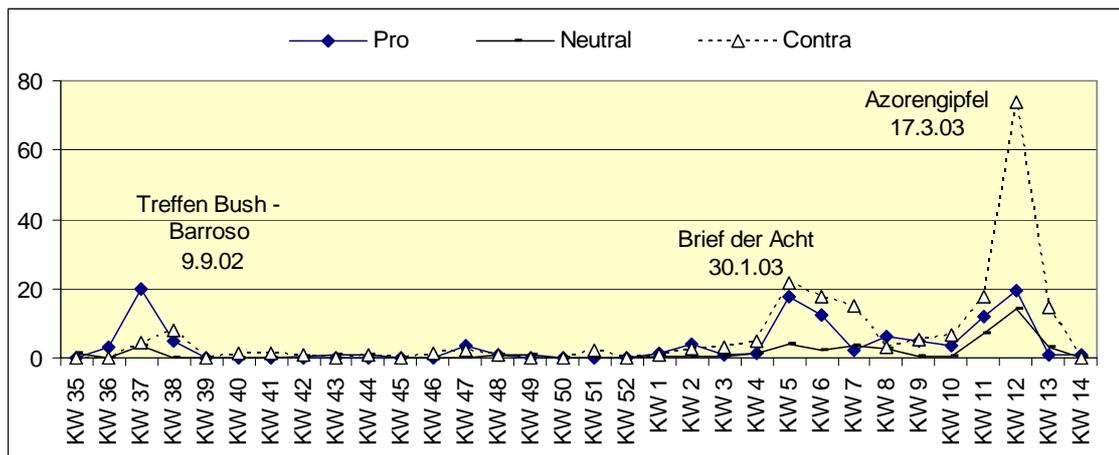
Im Zeitverlauf ergeben sich für die Durchschnittswerte aller acht identifizierten Elitenmitglieder geringe Schwankungen. Insgesamt tendieren die Meinungen minimal in Richtung der kriegsablehnenden Position. Lediglich der ehemalige Präsident und damalige Europaabgeordnete Mário Soares, der erst ab dem Ereignis "Brief der Acht" von den Medien zitiert wird, vollzieht einen Einstellungswandel von einer neutralen (3,0 bis November 2002) zu einer stark kriegsablehnenden Haltung (5,0 ab Ende Februar 2003). Die Standardabweichung ist mit 1,4 im oberen Bereich der verglichenen Länder und belegt die relativ weite Streuung der Positionen. Besonders markant ist das starke Auseinanderklaffen der Positionen innerhalb der Regierung. Premier- und Außenminister befürworten den Einsatz, Sampaio – Staatspräsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte – hingegen lehnt einen Angriff auf den Irak strikt ab. Dieser Konflikt, der Portugal im Vorfeld des Irak-Krieges an den Rand einer institutionellen Krise brachte, entschied sich letztlich zugunsten des Premierministers und des Außenministers, da diese den USA sowohl die Nutzung des Militärstützpunktes "Lajes" auf den Azoren gewährten als auch portugiesische Soldaten in den Irak entsandt wurden.

Da die Artikel der Printmedien dem Forschungsteam in Originalform vorlagen, wurde für die Medienanalyse dieser Länderstudie ein leicht abweichendes Verfahren angewendet. Sämtliche Artikel des Untersuchungszeitraumes August 2002 bis März 2003 zum Thema Irak-Krieg wurden dahingehend untersucht, welche Meinung auf der Skala 1 bis 5 (analog zur Bewertung der Elitenpositionen) in ihnen wiedergegeben wurde. Zusätzlich wurde die Positionierung bzw. der Umfang der Artikel in der Zeitung gewichtet. Ein Artikel von über einer halben Seite mit Foto wurde mit der Wertigkeit von 1,5 versehen, ein Artikel mit weniger als $\frac{1}{4}$ einer Seite Umfang mit der Wertigkeit 0,5.

Betrachtet man die Medienberichterstattung über den gesamten Untersuchungszeitraum (vgl. Abb. 6), stellt man einerseits eine Zunahme der kriegskritischen Berichterstattung und eine Abnahme der kriegsbefürwortenden Artikel fest (Artikel mit der Wertigkeit 1 und 2 wurden unter "pro" zusammengefasst, Artikel für 4 und 5 unter "contra"; alle Artikel sind entsprechend ihrer Größe gewichtet). Zum anderen

zeigt sich auch, dass die o.g. Schlüsselereignisse die meiste Medienaufmerksamkeit auf sich vereinen.

Abbildung 6 Medienberichterstattung Portugal



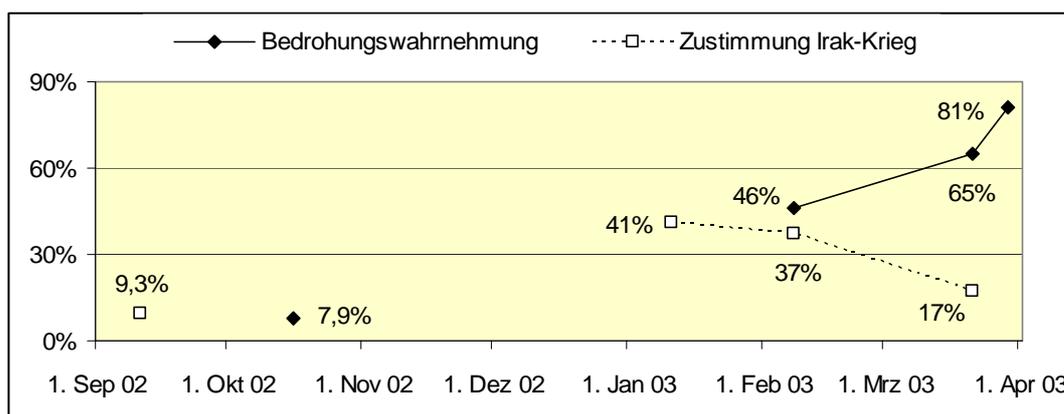
Nach dem Besuch von Premierminister Barroso in Washington (Kalenderwoche 37) überwiegt die kriegsbefürwortende Berichterstattung. Ende Januar 2003 (KW 5) erreicht der "Brief der Acht" eine hohe Salienz in den Medien, die sich zu etwa gleichen Teilen aus kriegsbefürwortenden und kriegsablehnenden Artikeln zusammensetzt. In der Woche des dritten Ereignisses, dem Azorengipfel am 17. März 2003 (KW 12), übersteigen die Anti-Kriegs-Berichte die Pro-Kriegs-Berichte nahezu um das Vierfache. Das verzögerte Umschwenken der Medien hin zu einer kriegskritischen Berichterstattung ist u.a. auch dadurch zu erklären, dass Premierminister Barroso zu Beginn des Untersuchungszeitraumes selbst Gegenstand der Nachrichten war und die Debatte über einen Einmarsch in den Irak auch erst durch ihn angestoßen wurde. Der anfängliche Konsens der Eliten hat also zunächst doch zu einer Verstärkung der Elitenmeinung durch die Medien geführt – eine Entwicklung, die für die zweite Hälfte des Untersuchungszeitraumes nicht bestätigt werden kann.

In Portugal werden Meinungsumfragen seltener und weniger umfassend durchgeführt als in den übrigen europäischen Ländern. Zum einen stellt kein nationales Umfrageinstitut seine Ergebnisse öffentlich zur Verfügung, zum anderen sind die Auftraggeber hinter den wenigen Umfragen meist die großen Tageszeitungen. Demnach stellen die einzige Quelle für Meinungsumfragen in Portugal auch die Artikel der

Tageszeitungen dar, in denen die Ergebnisse der Umfragen zitiert werden. Die Erhebungen werden meist nur in den großen Städten, d.h. Lissabon und Porto durchgeführt, was wiederum die ländliche und von einer hohen Analphabetenquote betroffene Bevölkerung ausspart.

Die portugiesische Öffentlichkeit hat durch die lang anhaltende Phase geringer medialer Salienz nur zögerlich eine eindeutige Haltung zum Irak-Krieg entwickelt. Zwar lag die Zustimmung zum Irak-Krieg im September 2002 bei lediglich 9,3 Prozent – in der gleichen Umfrage lag allerdings der Anteil derer, die keine Antwort geben wollten oder konnten, bei 17 Prozent und damit ungewöhnlich hoch. Die meisten Befragten (46 Prozent) sprachen sich dafür aus, den diplomatischen Weg weiter zu gehen (O Público 2002: 37). Im weiteren Verlauf des Untersuchungszeitraums stieg die Zustimmung zu einem militärischen Eingreifen im Irak ungewöhnlich stark an (41 Prozent am 11. Januar 2003; Expresso 11.1.03), nahm aber bis zum Kriegsbeginn und auch darüber hinaus um 24 Prozentpunkte ab (Expresso 8.2.03 sowie Público 21.3.03; vgl. Abb. 7).

Abbildung 7 Öffentliche Meinung Portugal



Für die wachsende Kriegsablehnung lässt sich hier ein Zusammenhang mit der zunehmenden kriegskritischen Berichterstattung der portugiesischen Printmedien vermuten. Die Bedrohungswahrnehmung, die sich in den einzelnen Fragen aus Furcht vor Terroranschlägen und Furcht vor ökonomischer Rezession zusammensetzt, stieg mit Kriegsbeginn hingegen stark an.

Die portugiesische Elite weist eine ungewöhnlich starke Spaltung innerhalb des Regierungslagers auf, die sich in einer zeitlich versetzten Medienverstärkung niederschlägt. Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes überwogen die kriegsbefürwortenden Artikel, ab Jahresbeginn 2003 die kriegskritischen. Die Haltung der Öffentlichkeit änderte sich ebenfalls erst gegen Ende des Untersuchungszeitraums zu einer Ablehnung des Irak-Kriegs, weil damit die Furcht vor neuen Bedrohungen verbunden war. Somit lässt sich für Portugal ein Zusammenhang zwischen Medienberichterstattung und öffentlicher Meinung belegen, eine Verbindung zur Elitenmeinung und damit die Bestätigung der Eingangshypothese jedoch nicht.

3.6. Spanien

Auch für die Fallstudie Spanien wurden zur Bestimmung der politischen Elite drei Ereignisse ausgewählt und in der jeweiligen Folgewoche die Medienpräsenz führender spanischer Politiker ermittelt. Die drei Ereignisse sind jenen ähnlich, die für den portugiesischen Irak-Diskurs als relevant erachtet wurden, nämlich (1) der Jahrestag des 11. September am 11.9.2002, (2) der "Brief der Acht" vom 30.1.2003 und die Rede Colin Powells vom 5.2.2003 (zu einem Ereignis zusammengefasst) sowie (3) der Azorengipfel vom 17.3.2003.

Die zunächst aufgrund ihrer politischen Position zusammengestellten Vertreter der Elite wurden nun namentlich in Verbindung mit dem Suchwort "Irak" in die Datenbank LexisNexis eingegeben. In die Auswahl gelangte dabei nur die überregionalen Ausgaben der Tageszeitungen *ABC*, *El Mundo* und *El País*.

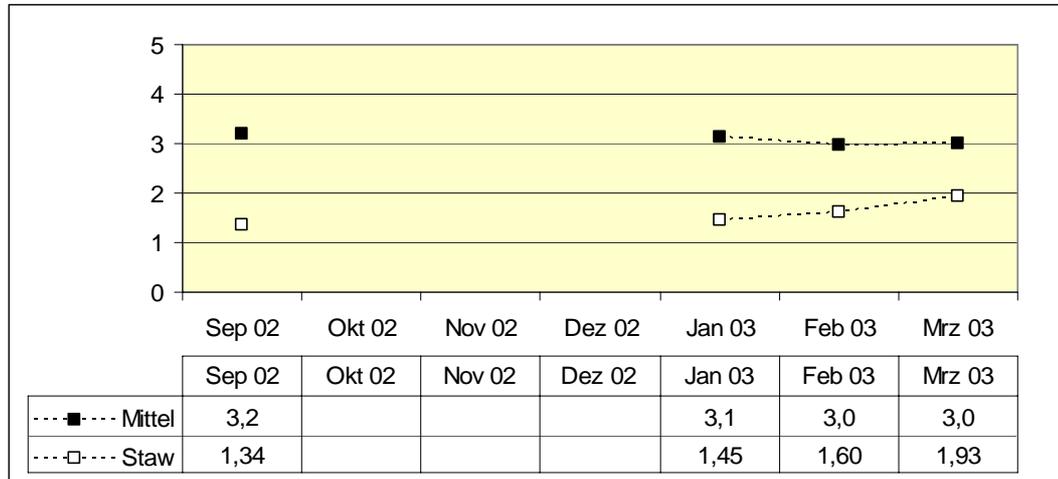
Die medial präsenten Elitenvertreter in der spanischen Irak-Debatte ähneln in ihrer Funktion denen der übrigen analysierten europäischen Länder. Die Äußerungen von Premierminister und Regierungschef Aznar sind erwartungsgemäß am häufigsten wiedergegeben worden (810 Erwähnungen). Seine Medienpräsenz übersteigt die des nachfolgenden Politikers (Oppositionsführer Zapatero; 198 Nennungen) um mehr als das Vierfache. An dritter und vierter Stelle folgen der Vorsitzende der *Izquierda Unida* (IU), Llamazares (103 Erwähnungen) und Außenministerin Palacio mit 101 Erwähnungen.

gen in den untersuchten Medien. Analog zu Portugal ergibt sich hier die relativ bedeutungsvolle Medienpräsenz der Opposition (vgl. Anhang 7.1.).

Die Meinungen der Elitenvertreter sind in Spanien anhand von offiziellen Dokumenten der *Cortes Generales* und des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten zusammengetragen und für jede Woche des Untersuchungszeitraumes (September 2002 bis März 2003) bewertet worden. Für die Monate Oktober, November und Dezember 2002 ergab sich hierbei eine Quellenlücke, da für diese Zeit keine Dokumente über die Irak-Debatte vorliegen.⁶ In den übrigen Zeiträumen erwiesen sich die Meinungen der Elitenvertreter aber als äußerst kontrovers (vgl. Abb. 8).

Die Positionen der spanischen Elitenvertreter weisen mit durchschnittlich 3,1 Punkten die niedrigsten Werte der hier verglichenen Länder auf. Nach dem zugrunde gelegten Bewertungsschema besagt diese Zahl, dass sich in Spanien die Eliten im Durchschnitt neutral gegenüber dem Irak-Krieg geäußert haben. Betrachtet man hingegen die Werte für die Streuung der durchschnittlichen Monatswerte, so ergibt sich, dass die spanischen Eliten hier im Vergleich mit den übrigen Ländern die höchsten Werte belegen, d.h. dass die spanischen Eliten das höchste Maß an Meinungsdivergenz nach außen aufweisen und der Diskurs in Spanien äußerst kontrovers geführt wurde. So vertrat Premierminister Aznar im Durchschnitt eine Position von 1,5 (stark kriegsbefürwortend), Oppositionsführer Zapatero hingegen eine Position von 4,25 und der an dritter Stelle in der Medienpräsenz liegende IU-Vorsitzende Llamazares eine durchgehend kriegsablehnende Haltung (Durchschnitt 5,0).

6 Unter anderem war das Tankerunglück der "Prestige" vom 13. November 2002 vor der galizischen Küste in den Monaten November und Dezember 2002 das beherrschende politische Thema in Spanien.

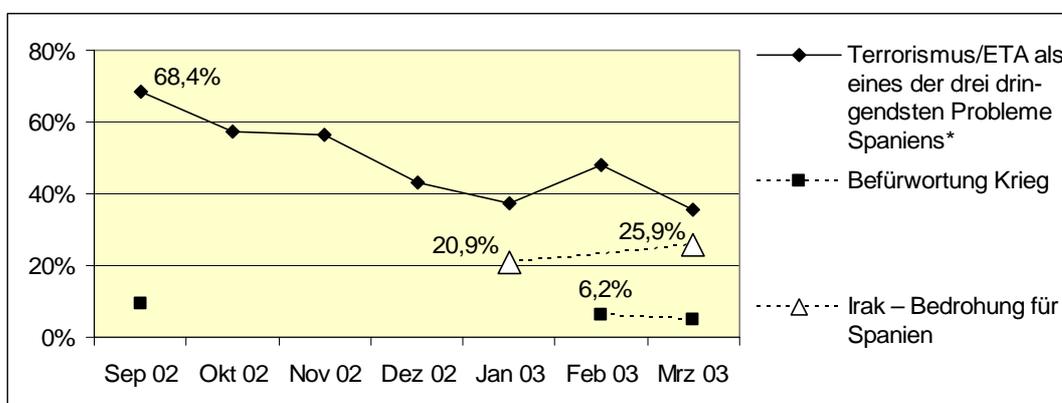
Abbildung 8 Elitenpositionen Spanien: Mittelwerte, Streuungswerte

Anmerkung: auf die Erstellung einer Trendlinie wurde in diesem Fall wegen der geringen Anzahl der Messpunkte verzichtet.

Die Verstärkung der Elitenpositionen wurde analog zur Medienpräsenz der Elitenvertreter gemessen, nämlich anhand der Artikelanzahl, die den Namen des Elitenvertreter und den Suchbegriff "irak" über den gesamten Untersuchungszeitraum August 2002 bis März 2003 enthielten. Die Ergebnisse zeigen für den gesamten Untersuchungszeitraum ein ähnliches Bild wie die Stichproben nach bedeutenden Ereignissen. An herausragender erster Position befindet sich Regierungschef Aznar (über 1.000 Artikel), gefolgt von Oppositionsführer Zapatero (567), Außenministerin Palacio (403), Vizepremier Rajoy (257) und IU-Vorsitzender Llamazares (246). Gegenüber der Elitenbestimmung tritt in der Untersuchung des gesamten Zeitraumes Vizepremier Rajoy stärker hervor; die übrigen Mitglieder der politischen Elite erfahren eine ähnliche Medienpräsenz wie nach den drei ausgewählten Schlüsselereignissen. Quantitativ ist damit belegt, dass sich die spanischen Tageszeitungen in ihrem Zitierverhalten an den Machthierarchien des politischen Systems von Spanien orientiert haben. Eine Aussage über die Qualität der Medienberichterstattung, d.h. über die Interpretation der Stellungnahmen der einzelnen Elitenvertreter lässt sich in diesem Analyserahmen nicht treffen.

Die Reaktion und die Haltung der spanischen Öffentlichkeit wurden anhand von Meinungsumfragen der Institute *CIS*, *Gallup* (Spanien) und *Opina* untersucht. Wiederum zeigt sich, dass es keine Umfragen zum Thema Irak-Krieg gibt, die den gesamten Untersuchungszeitraum abdecken. Dies begründet sich zum einen durch die Überlagerung der Irak-Problematik mit der Debatte um das Tankerunglück "Prestige" und zum anderen durch die in Spanien traditionell vorhandene Präsenz des innenpolitischen Terrorismus der ETA. Die Fragen nach einer Furcht vor Terror sind deswegen nicht mit den Angaben der übrigen Länder vergleichbar – sie zielten zwischen August 2002 und März 2003 auf ein innerspanisches Problem und nicht auf die Wahrnehmung globaler Bedrohungen. Verglichen mit separaten Befragungen nach einer Bedrohung durch den Irak überwiegt jedoch in der spanischen Öffentlichkeit die Furcht vor innenpolitisch motivierten Terroranschlägen. Den militärischen Angriff auf den Irak befürwortet lediglich eine kleine Minderheit (vgl. Abb. 9).

Abbildung 9 Öffentliche Meinung Spanien



* Fragestellung: "Para empezar, ¿cuáles son, a su juicio, los tres problemas principales que existen actualmente en España? (MÁXIMO TRES RESPUESTAS)"; *CIS*, Barómetros de Opinión.

Die kriegsbefürwortende Position der spanischen Regierung Aznar fand in der öffentlichen Meinung keine Zustimmung. Über den gesamten Untersuchungszeitraum sehen sich die Spanier in einem weit höheren Maße von innenpolitisch motiviertem Terror bedroht als von irakischen Massenvernichtungswaffen. Ein militärischer Einsatz im Irak wird von breiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Da die spanische Elite eine

stark gespaltene Meinung zum Irak-Krieg vertrat, die Medien diese Spaltung weitgehend verstärkten, die Bevölkerung aber relativ einheitlich gegen einen militärischen Einsatz eingestellt blieb, kann die zugrundeliegende Forschungshypothese für Spanien als widerlegt gelten.

4. Synthese der Einzelstudien

Die einzelnen Abschnitte der parallel und größtenteils mit vergleichbaren Kriterien und Prämissen durchgeführten Länderstudien lassen nun Vergleiche der einzelnen Untersuchungsstadien zu. Hierfür werden die drei Hauptergebnisse miteinander verglichen: Elitenzusammensetzung und -position, mediale Vermittlung und öffentliche Meinung. Über die Einzelstudien hinaus werden für den Bereich der öffentlichen Meinung international durchgeführte Umfragen für die Zeit nach dem Angriff auf den Irak hinzugezogen.

4.1. Eliten

Eine Übersicht über die Zusammensetzung, die Positionen und die Streuungswerte der Eliten ist in Tabelle 1 dargestellt. Die Aufschlüsselung der Eliten ist dabei auf die vier wichtigsten Vertreter eines jeden Landes beschränkt und wird ergänzt durch deren durchschnittlich vertretene Position zum Irak-Krieg. Die beiden letzten Spalten geben die Durchschnittswerte der Positionen und der Streuung für alle Elitenmitglieder des Landes wieder, deren Anzahl zwischen 8 (Deutschland, Portugal, Spanien) und 16 (Italien) schwankt. Die Begrenzung der Anzahl wurde von jeder Forschungsgruppe aus der Sachlage heraus vorgenommen und ist lediglich für die Errechnung der Durchschnittswerte relevant. Von weitaus höherer Bedeutung ist die Frage, wer die meistzitierten Vertreter nach dem Konzept der "medialen Elite" sind (vgl. Tab. 1 sowie Anhang 7.1.).

4.1.1. Identifizierung und Zusammensetzung der Eliten

Die Identifizierung der Eliten erfolgte in allen Teilstudien über einen politisch-medialen Elitenbegriff. Demnach wurde hier die Zugehörigkeit zur Elite mit dem Messwert "Medienpräsenz" ermittelt. Mit Ausnahme von Italien erfolgte die inhaltlich-analytische Elitenbestimmung im zeitlichen Anschluss an die Schlüsselereignisse. Entweder wurden alle Artikel im Anschluss an das Schlüsselereignis ausgewertet und die darin genannten Personen aufgelistet (Deutschland und Portugal) oder es wurde per Schlagwortsuche ("Irak" bzw. "Iraq"+"weapons of mass destruction") die Anzahl der zu untersuchenden Artikel eingeschränkt (Spanien, Großbritannien). Im Fall von Italien und Frankreich wurden die durch eine vorherige Liste der relevanten Entscheider aufgestellten Personennamen als Suchwort verwendet und bei entsprechend häufiger Nennung in die Liste der Elitenvertreter aufgenommen.

Mit der Ausnahme von Frankreich wurde in allen Ländern der jeweilige Regierungschef mit Abstand am häufigsten von den Medien zitiert. Diese Fokussierung auf das in Fragen der internationalen Politik entscheidungsmächtigste Amt eines Landes ist ein Phänomen, das auch mit einer Form des *indexing* in Verbindung steht. Dieses eigentlich für die Meinungswiedergabe in den Medien stehende Konzept erfährt durch John Zaller und Dennis Chiu eine Verfeinerung (Zaller/Chiu 2000). Sie führen die Unterkategorien *source indexing*, *political indexing* und *power indexing* ein. Während *source indexing* den vorrangigen Zugriff auf leichter zugängliche Quellen und die überproportionale Wiedergabe der auf diesem Wege beschafften Fakten umfasst, beschreibt *political indexing* die tendenziell regierungsfreundliche Berichterstattung, wenn der Gegner des außenpolitischen Konfliktes zu einem feindlichen (bei Zaller/Chiu: kommunistischen) Lager zählt. *Power indexing* beschreibt hingegen den Fakt, dass eine Information der institutionellen Machtposition des Informationsgebers gemäß gewichtet wird. Die Journalisten werden demnach eine Information, die von einem höhergestellten Mitglied der politischen Hierarchie stammt, eher veröffentlichen, als Äußerungen von niederrangigen außenpolitischen Entscheidern (Zaller/Chiu 2000: 82-83.).

Tabelle 1 Eliten: Zusammensetzung, Positionen und Streuungswerte

Land	Elitenzusammensetzung (Top 4)		Persönliche Position	Durchschnittsposition aller Elitenvertreter	Streuung (Dissens) für alle Elitenmitglieder
Deutschland	Kanzler	Schröder	5,0	Ø 3,9	Ø 0,9
	Außenminister	Fischer	4,9		
	Verteidigungsminister	Struck	3,8		
	Oppositionsführung	Stoiber	3,2		
Frankreich	Außenminister	Villepin	4,1	Ø 4,4	Ø 0,6
	Premierminister	Raffarin	4,0		
	Präsident	Chirac	4,2		
	Regierungsparteivors.	Juppé	4,1		
Großbritannien	Premierminister	Blair	2,9	Ø 3,5	Ø 0,8
	Außenminister	Straw	2,7		
	Regierungsfraktionsv.	Cook	5,0		
	Entwicklungsministerin	Short	3,9		
Italien	Premierminister	Berlusconi	2,0	Ø 3,6	Ø 1,4
	Papst	Johannes Paul II	5,0		
	Stellv. Premierminister	Fini	1,3		
	EU-Kommissionspräs.	Prodi	5,0		
Portugal	Premierminister	Barroso	1,0	Ø 3,3	Ø 1,4
	Oppositionsführer	Rodrigues	4,0		
	Präsident	Sampaio	4,0		
	Außenminister	Martins da Cruz	1,5		
Spanien	Premierminister	Aznar	1,4	Ø 3,1	Ø 1,6
	Oppositionsführer	Zapatero	4,3		
	Vorsitzender Drittpartei	Llamazares	5,0		
	Außenministerin	Palacio	1,6		

In unserem Fall sehen wir mit der zwei- bis vierfach häufigeren Nennung von Regierungschefs vor allen anderen Instanzen einen deutlichen Beleg für das *power indexing* in den europäischen Medien. Die Erklärung für den Ausnahmefall Frankreich ist in den unterschiedlichen Regierungssystemen zu suchen: Frankreich als semipräsidentielles System unterscheidet sich deutlich von den übrigen Ländern, die über ein parlamentarisches Regierungssystem verfügen. Der Untersuchungszeitraum August 2002 bis März 2003 ist für Frankreich durch die Abwesenheit der *cohabitation* gekennzeichnet – ein Umstand, der den Präsidenten stärkt und ihn in die Lage versetzt, die außenpolitische Agenda zwar zu bestimmen, die mediale Vermittlung aber anderen Akteuren zu überlassen. Wie die Elitenanalyse zeigt, geschah die Vermittlung im Untersu-

chungszeitraum in erster Linie durch Außenminister Dominique de Villepin, gefolgt von Premierminister Raffarin.

Eine weitere Auffälligkeit zeigt sich im Fall Italiens: hier wurde in den Medien an zweithäufigster Stelle kein Politiker des Regierungssystems, sondern Papst Johannes Paul II. genannt. Ob der Papst in den italienischen Medien generell häufiger zitiert wird, oder ob sich diese deutliche Medienpräsenz nur auf die Diskussion um den Irak-Krieg bezieht, kann aus den vorliegenden Daten nicht geschlossen werden. Die Tatsache, dass der Papst erst spät in die Diskussion eingegriffen hat, lässt vermuten, dass seine raren Äußerungen zur internationalen Politik überdurchschnittliche mediale Aufmerksamkeit erlangen.

Spanien und Portugal gleichen sich nicht nur in der Bestimmung der Schlüsselereignisse – in beiden Ländern finden sich an zweiter Stelle der Zitierhäufigkeit auch die Oppositionsführer wieder. Da die Oppositionsführer in beiden Ländern jeweils entgegengesetzte Meinungen zu denen der amtierenden Regierung vertraten, deutet ihre starke Medienpräsenz auf eine intensive Verstärkung des ohnehin hohen Eliten-dissenses in den Medien hin.

4.1.2. Positionen der Eliten

Die europäischen Eliten vertraten in der Frage des Irak-Krieges das gesamte Meinungsspektrum von uneingeschränkter Kriegsbefürwortung (Wert 1,0 bei Portugals Premierminister Barroso) bis zur uneingeschränkten Kriegsablehnung (Wert 5,0 bei Bundeskanzler Schröder u.a.). Im Durchschnitt der Eliten ist Frankreich das am stärksten gegen einen Krieg eingestellte Land (4,4); in Spanien wird dagegen die durchschnittlich kriegsfreundlichste Position vertreten (3,1). Diese Werte korrespondieren auch mit dem tatsächlichen politischen Output, nämlich dass Frankreich und Deutschland – die einzigen untersuchten Länder, deren Regierungen die Teilnahme am Irak-Krieg ablehnten – auch die kriegskritischsten Elitenpositionen aufweisen. Die Durchschnittswerte für diejenigen Länder, die den Irak-Krieg mit der Entsendung eigener Truppen unterstützt haben, liegen etwas niedriger. Gleichwohl sind die Unterschiede zwischen dem durchschnittlichen Maximalwert (4,4) und Minimalwert (3,1) nicht so

groß, wie die Schärfe der internationalen Diskussion um den Irak-Krieg vermuten lassen könnte. Weiterhin befinden sich alle Durchschnittswerte über dem Niveau einer neutralen Einstellung (3,0) und weisen damit in die Richtung einer kriegskritischen Einstellung. Jedoch sind es nicht die Durchschnittswerte, die die Debatte bestimmen, sondern die einzelnen Positionen in Regierung und Opposition.

Obwohl sich vier der untersuchten sechs Länder an einem Einsatz im Irak mit eigenen Truppen beteiligt haben, war die offizielle Diskussion um diesen Einsatz eher von den kriegskritischen Haltungen als von den kriegsbefürwortenden Stimmen geprägt.

4.1.3. Konsensgrad der Eliten

Die in jedem Land rege geführte Diskussion um den Irak-Krieg lässt auf einen effektiven Meinungspluralismus in den betrachteten demokratischen Systemen schließen. Die Messung der Stärke des herrschenden Konsens bzw. Dissens wurde in den Einzelstudien durch die Berechnung der Standardabweichung für die monatsweisen Durchschnittspositionen aller Elitenvertreter vorgenommen und an dieser Stelle wiederum zu einem nationalen Durchschnittswert zusammengefasst.

Den höchsten Konsensgrad weisen demnach die französischen Eliten auf (die zugleich die kritischste Meinung gegenüber dem Irak-Krieg vertraten); den höchsten Dissensgrad konnten wir innerhalb der spanischen Elite beobachten (wobei Spanien gleichzeitig die kriegsfreundlichste Position vertrat). "Einigkeit in der Ablehnung, scharfe Debatten um die Kriegszustimmung" – so könnte man die gegensätzlichen europäischen Positionen zusammenfassen. Gemäß unserer Hypothese müssten demnach die Öffentlichkeiten Frankreichs, Deutschlands und auch Großbritanniens relativ einheitliche Bedrohungswahrnehmungen haben – die Öffentlichkeiten der Mittelmeerstaaten Italien, Spanien und Portugal dürften hingegen nur eine diffuse Bedrohungswahrnehmung und keine einheitliche Haltung zum Irak-Krieg vertreten.

4.2. Mediale Verstärkung der Elitenpositionen

Die mediale Vermittlung stellt den am wenigsten vergleichbaren Teil der Untersuchung dar, da das Vorgehen der Forschungsgruppen in diesem Punkt an der Verfügbarkeit von Quellen und den nationalen Gegebenheiten der Medienlandschaft ausgerichtet werden musste.

Die am häufigsten angewandte Methode für die Überprüfung der Medienberichterstattung war die Erstellung verschiedener Suchwortkombinationen und deren quantitative Messung durch Datenbankrecherche. Auf diese Methode stützten sich die Ländergruppen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Für Deutschland, Großbritannien und Italien konnte eine gleichmäßige Wiedergabe der verschlagworteten Elitenmeinungen belegt werden, wobei im Fall Italiens die Dominanz der Berlusconi-Äußerungen sichtbar wurde. Für Frankreich wurden lediglich negative Argumente überprüft, diese korrespondierten aber in hohem Maß mit den Positionen und dem Konsensgrad der Eliten (vgl. Tab. 2).

Die Recherche für Spanien ist mit den obigen Ergebnissen nicht vergleichbar, da hier lediglich die mediale Präsenz der Elitenmitglieder über den Gesamtzeitraum gemessen wurde. Die Annahme, dass mit der Aufmerksamkeit für die Person auch die Aufmerksamkeit für deren Position hergestellt wird, ist zwar richtig, liefert aber für das Ensemble der Länderstudien keine zusätzliche Erkenntnis.

Die Tatsache, dass portugiesische Tageszeitungen nicht über Datenbanken zugänglich sind, stellt nur auf den ersten Blick ein Hindernis dar. Im Endergebnis lassen sich für Portugal durch die minutiöse Analyse aller Artikel gedruckter Form die sichersten Erkenntnisse ableiten: zu Beginn der Irak-Debatte wurde die Diskussion von Premierminister Barroso beherrscht mit gleichzeitiger positiver Berichterstattung durch die Medien. Erst mit dem nahenden Kriegsbeginn wandelte sich die Berichterstattung zu einer negativen, kriegskritischen Haltung.

Tabelle 2 Medienverstärkung: Methode, Ergebnisse

Land	Durchschnittsposition aller Elitenvertreter	Streuung (Dissens) für alle Elitenmitglieder	Medienverstärkung Methode	Medienverstärkung Ergebnis
Deutschland	Ø 3,9	Ø 0,9	Suchwortkombination aus Elitenargumenten	Elitenmeinung wird mit pro- und contra-Positionen wiedergegeben; plus Argument Öl
Frankreich	Ø 4,4	Ø 0,6	Suchwortkombination mit kriegskritischen Begriffen	Negative Argumente nehmen im gleichen Maß wie Intensität der Elitendiskussion zu
Großbritannien	Ø 3,5	Ø 0,8	Suchwortkombination aus Elitenargumenten	Elitenmeinung wird mit pro- und contra-Positionen wiedergegeben
Italien	Ø 3,6	Ø 1,4	Suchwortkombination aus Elitenargumenten	Elitenmeinung wird mit pro- und contra-Positionen wiedergegeben, mit Fokussierung auf Berlusconi
Portugal	Ø 3,3	Ø 1,4	Qualitative Inhaltsanalyse	Erst Pro-Krieg, dann Anti-Kriegsmeinung in den Medien
Spanien	Ø 3,1	Ø 1,6	Namenssuche	Mediale Elite nicht nur zu den Schlüsselereignissen, sondern auch über den gesamten Zeitraum in den Medien präsent

4.3. Öffentliche Meinung

4.3.1. Haltung zum Irak-Krieg

Die Öffentlichkeiten aller sechs betrachteten Länder lehnten einen militärischen Angriff auf den Irak mehrheitlich ab. Am stärksten zeigte sich diese Ablehnung in den Ländern Deutschland, Frankreich und Spanien. In Großbritannien konnte durch die Umfragen nachgewiesen werden, dass z.B. im Oktober 2002 der größte Teil der Befragten einen Militärschlag gegen den Irak befürwortete. Diese Stimmung war jedoch nur eine einmalige Unterbrechung einer ansonsten mehrheitlich kriegsablehnenden britischen Öffentlichkeit. Für Italien liegen nur wenige Umfragewerte vor, diese zeigen aber, dass die italienische Öffentlichkeit zumindest innerhalb des Untersuchungszeitraumes gegen den Irak-Krieg eingestellt war, wenngleich auf einem niedrigeren Niveau als in Deutschland, Frankreich und Spanien. Die schwierige Datenlage für Portu-

gal lässt vermuten, dass die Ablehnung des Irak-Krieges auf moderatem Niveau konstant verlaufen ist.

Die drei schärfsten Kriegsgegner – die Öffentlichkeiten Deutschlands, Frankreichs und Spaniens – weisen allerdings nicht dieselbe Einheitlichkeit innerhalb ihrer Eliten und auch nicht in den tatsächlichen Regierungsentscheidungen zum Irak-Krieg auf.

4.3.2. Bedrohungswahrnehmung

Die unterschiedlichen Politiken der Vereinigten Staaten und der Europäer wurden in der Diskussion um den Irak-Krieg oft mit der divergierenden Bedrohungswahrnehmung begründet. Offensichtlich wurde angenommen, dass eine deutlich ausgeprägte Bedrohungswahrnehmung (z.B. gegenüber dem Irak, gegenüber Massenvernichtungswaffen und gegenüber dem Terrorismus) Grundlage für eine Zustimmung zum Irak-Krieg ist. Vergleicht man nun die Umfragedaten zur Einstellung zu einem militärischen Einsatz im Irak und zur Wahrnehmung von Bedrohung, erscheint dieser Zusammenhang fraglich. Denn die Analysen (vgl. Tab. 3) zeigen, dass in den europäischen Ländern durchaus Furcht vor Terroranschlägen, Massenvernichtungswaffen und z.T. auch vor dem irakischen Regime herrschte. Jedoch fürchteten die Menschen auch die Folgen eines militärischen Angriffs für das eigene Land, weswegen der Irak-Krieg von den hier betrachteten europäischen Öffentlichkeiten mehrheitlich abgelehnt wurde.

Dem vergleichsweise hohen Konsensgrad der deutschen, französischen und britischen Eliten stehen nun drei uneinheitliche Bedrohungswahrnehmungen gegenüber: in Deutschland sinkende Furcht vor Terroranschlägen, in Frankreich gleich bleibende Bedrohungswahrnehmung und in Großbritannien eine zunehmende Angst vor Terrorismus. Zumindest ein Ergebnis lässt sich für die Länder Spanien, Italien und Portugal aber nachweisen: Da in diesen drei Ländern der Dissens innerhalb der jeweiligen Eliten besonders hoch gewesen ist, konnten von diesen drei Regierungen keine Steuerungswirkung auf die jeweiligen Gesellschaften und die öffentliche Meinung

ausgeübt werden. Für Spanien, Italien und Portugal ist die Ursache für die kriegsablehnende öffentliche Meinung demnach in anderen Faktoren zu suchen.

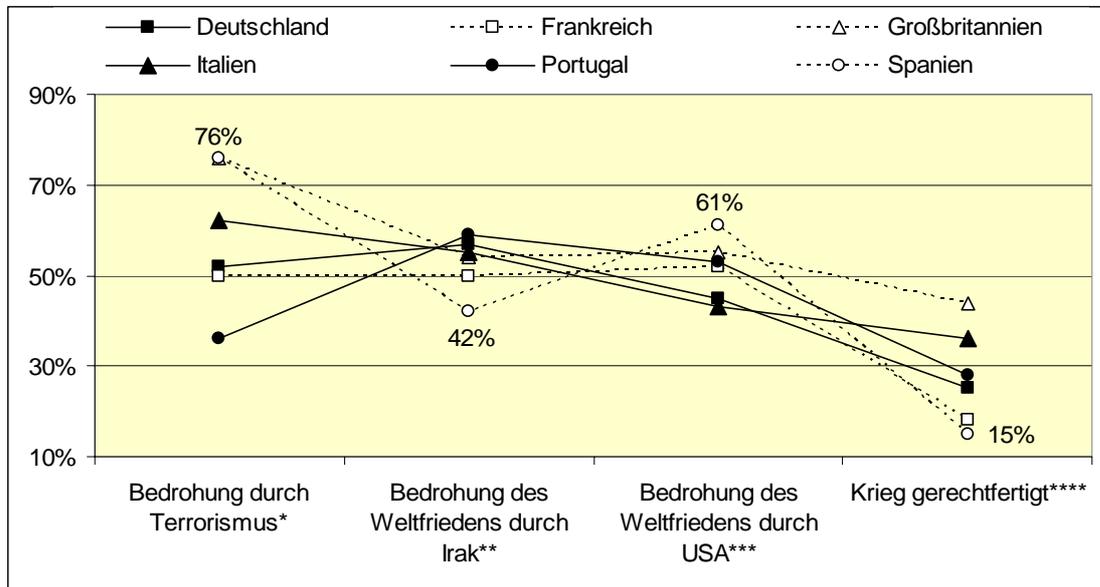
Die Interpretationsmöglichkeiten der vorliegenden Umfragedaten stoßen hier allerdings an ihre Grenzen. Die Fülle der Befragungen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg und gleichzeitig ihre Vielfalt in der Fragestellung erschweren die länderübergreifenden Analysen beträchtlich. Die Zerlegung der Bedrohungswahrnehmung in Angst vor Terroranschlägen allgemein, Angst vor Terroranschlägen in Folge des Irak-Kriegs, Kriegsangst durch den Irak-Krieg und Bedrohung durch die Außenpolitik der USA steht daher noch aus.

4.3.3. Retrospektive Irak-Krieg

Über die Einzelstudien hinausgehend liefert an dieser Stelle eine Erhebung des Eurobarometers Daten zur Bevölkerungsmeinung vom Oktober 2003 (Eurobarometer 2003). Durch die gleichlautende Fragestellung, den identischen Erhebungszeitraum und das einheitliche methodische Vorgehen weisen die Ergebnisse eine noch bessere Vergleichbarkeit als die Meinungsumfragen vor Beginn des Irak-Kriegs auf.

Die graphische Abbildung der Umfrageergebnisse (Abb. 10) lässt sofort erkennen, dass in fünf von sechs betrachteten Ländern eine hohe Bedrohungswahrnehmung gegenüber dem Terrorismus besteht (Ausnahme: Portugal), der Irak-Krieg aber gleichzeitig zu einem sehr geringen Teil als gerechtfertigt angesehen wird.

Abbildung 10 Retrospektive: Bedrohungswahrnehmung, Irak-Krieg



Erhebungszeitraum: 8.-16. Oktober 2003; Fragestellung:

* How would you evaluate the threat of terrorism in [your country] today? (Very/quite strong)

** Tell me, if in your opinion, it presents or not a threat to peace in the world [Iraq]? (Yes)

*** Tell me, if in your opinion, it presents or not a threat to peace in the world [United States]? (Yes)

**** Today, would you say that the military intervention of the United States and their allies in Iraq was absolutely/rather justified?

Die Frage nach der Bedrohung des Weltfriedens durch den Irak mutet im Oktober 2003 etwas seltsam an, da ein nicht-souveränes Land auch keine eigenständige Bedrohung darstellen kann. Jedoch kann das Land zu einer indirekten Bedrohung werden, indem die andauernde Instabilität zu einer erhöhten Terrorgefahr für Europa führt. Die Frage nach der Bedrohung durch den Irak dient daher eher als Vergleichswert für die Bedrohung, die von den USA ausgehend wahrgenommen wird. Diese ist nur für Spanien deutlich höher als in den übrigen Ländern. Überhaupt nimmt die spanische Bevölkerung im Vergleich zu anderen europäischen Öffentlichkeiten stets eine extreme Position ein (die Werte für Spanien sind numerisch angegeben). Einerseits wird die Terrorgefahr als hoch eingeschätzt und der Irak-Krieg abgelehnt, andererseits werden die USA deutlich stärker als Bedrohung für den Weltfrieden empfunden als der Irak.

Die Wahrnehmung der USA als Gefahr für den Frieden ist besonders bei den alliierten Partnern im Irak-Krieg auffällig. Mit der Ausnahme Italiens fühlen die Teilnehmerländer der Invasion im Nachhinein "den Weltfrieden" durch die USA sogar

stärker bedroht als Deutschland und Frankreich, die die Teilnahme am Irak-Krieg verweigerten.

Tabelle 3 Öffentliche Meinung: Irak-Krieg, Bedrohungswahrnehmung, Retrospektive

Land	Haltung Irak-Krieg	Bedrohungswahrnehmung	Retrospektive (Okt. 2003) Platzierung im Ländervergleich	Politischer Output
Deutschland	Starke, konstante Ablehnung	Schwankende Terrorangst, Tendenz sinkend	Krieg gerechtfertigt: 3 Furcht vor Terror: 4 Bedrohung durch USA: 5 Bedrohung durch Irak: 2	Keine Kriegsteilnahme
Frankreich	Starke, konstante Ablehnung	USA ähnlich bedrohlich wie Irak	Krieg gerechtfertigt: 5 Furcht vor Terror: 4 Bedrohung durch USA: 3 Bedrohung durch Irak: 5	Keine Kriegsteilnahme
Großbritannien	Tendenzielle, aber nicht konstante Ablehnung	Zunehmender Stellenwert von außen- und sicherheitspolitischen Themen und Terrorismus	Krieg gerechtfertigt: 1 Furcht vor Terror: 1 Bedrohung durch USA: 2 Bedrohung durch Irak: 3	Kriegsteilnahme
Italien	Moderate, konstante Ablehnung	Bedrohung hauptsächlich durch Terrorismus; Bedrohungszuwachs zwischen Herbst 2002 und Frühjahr 2003 für Massenvernichtungswaffen und Weltkrieg	Krieg gerechtfertigt: 2 Furcht vor Terror: 3 Bedrohung durch USA: 5 Bedrohung durch Irak: 3	Kriegsteilnahme
Portugal	Vermutlich moderate, konstante Ablehnung	Zunehmende Furcht vor ökonomischen Folgen des Krieges	Krieg gerechtfertigt: 3 Furcht vor Terror: 6 Bedrohung durch USA: 3 Bedrohung durch Irak: 1	Kriegsteilnahme
Spanien	Starke, konstante Ablehnung	Stellenwert der Terrorgefahr sinkt; Irak keine Bedrohung	Krieg gerechtfertigt: 5 Furcht vor Terror: 1 Bedrohung durch USA: 1 Bedrohung durch Irak: 6	Kriegsteilnahme

Völlig gegen die eigene Öffentlichkeit reagierte seinerzeit die spanische Regierung um Ministerpräsident Aznar. Hier zeigt sich die größte Inkonsistenz zwischen Bedrohungswahrnehmung der Bevölkerung, Rechtfertigung des Irak-Krieges und dem politischen Output der Teilnahme an diesem Krieg mit der Entsendung eigener Soldaten. Die Furcht der spanischen Bevölkerung vor Terroranschlägen war im Oktober 2003 hoch – vermutlich als Folge der eigenen Beteiligung am Irak-Krieg. Leider sollte sich ein halbes Jahr später diese Furcht durch die verheerenden Bombenanschläge von Madrid als begründet erweisen.

5. Fazit

Im Vergleich zeigen die sechs Länderstudien deutlich, dass in den europäischen Gesellschaften und den entsprechenden politischen Eliten und Mediensystemen sowohl ähnliche als auch widersprüchliche Prozesse zu beobachten sind, die zudem kein einheitliches Muster aufweisen. Insofern können wir schlussfolgern, dass unsere eingangs formulierte Hypothese einige Erklärungskraft hat, aber keineswegs den gesamten Kommunikationsprozess zwischen politischer Elite, Medien und Öffentlichkeit in den Fallstudien zu erklären vermag. Entgegen der ursprünglichen Vermutung spielt der Konsensgrad in den politischen Eliten zwar eine Rolle bei der Ausrichtung und dem Impetus der öffentlichen Meinung, aber eben nicht immer. Auch scheint es verfrüht gewesen zu sein, von der Ausbildung einer öffentlichen Meinung in Europa zu sprechen; hierzu weisen die unterschiedlichen Profile der einzelnen Gesellschaften doch zu große Spreizungen auf.

Schließlich agieren die Medien größtenteils als Verstärker der politischen Elite und es konnte ausreichend Bestätigung für Prozesse des *power indexing* gefunden werden. Andererseits wurden in den Medien aber auch Argumente gefunden, die von der politischen Elite nicht vorgetragen wurden. Dies ist außerdem ein Hinweis darauf, dass traditionell diplomatisches Vorgehen der USA „hinter dem Vorhang der öffentlichen Bühne“ stark die Agenda bestimmt hat; oder um es mit Blick auf den gesamten historischen Prozess nach 2001 drastisch zu formulieren: die USA setzten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gerade auch in der Phase ihrer (scheinbaren) Selbstfindung als kriegskritische Öffentlichkeit deutlich unter Druck. Auf diesen Druck reagierten die politischen Klassen, Medien und Öffentlichkeiten in den analysierten Staaten unterschiedlich, wobei sie verband, dass sie auf eine seitens der amerikanischen Regierung definierte Agenda reagierten.

6. Literatur

- Baur, Dominik (2004): "Medienimperium Italien", *Medienheft*, 9.8.04, unter:
www.medienheft.ch/politik/bibliothek/p22_BaurDominik.html, Zugriff am 28.8.04.
- Bennett, Lance W. (1994): News about Foreign Policy, in: Bennett, W. Lance/Paletz, David L. (Hrsg.): *Taken by Storm. The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War*, Chicago, 12-40.
- Bulmahn, Thomas (2004): *Bevölkerungsbefragung zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in Deutschland – Ergebnisbericht 2004*, Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Cowell, Alan (2003): Threats and Responses: Protests. 1.5 Million Demonstrators In Cities Across Europe Oppose a War Against Iraq, *NY Times*, 16. Februar 2003, 20.
- Eurobarometer (2003): Flash Eurobarometer No. 151, November 2003, unter:
http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl151oniraq_en.pdf, Zugriff am 20.5.2005.
- GlobalSecurity.org (2005): Non-US Forces in Iraq, unter: www.globalsecurity.org/military/ops/iraq_orbat_coalition.htm, Zugriff am 17.5.05.
- Höse, Alexander/Oppermann, Kai (2005): Die öffentliche Meinung als Katalysator für transatlantische Kooperation und Konflikte, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Transatlantische Beziehungen*, Wiesbaden, 375-396.
- Margolis, Michael/Mausser, Gary A. (1989): *Manipulating Public Opinion. Essays on Pulic Opinion as a Dependent Variable*, Pacific Grove, CA.

Mueller, John E. (1973): *War, Presidents and Public Opinion*, New York.

O Público (2002): "Contra guerra no Iraque", 11.9.02, 37.

PWCHE (2005): *Coalition of the Willing*, unter: www.pwhce.org/willing.html, Zugriff am 17.5.05.

SWG (2003): "Gli italiani non vogliono la guerra contro l'Iraq", unter: www.swg.it/asp/articolo/varticolo.aspx?id_categoria=43&id_sezione=34&id_articolo=72&tipo=1, Zugriff am 2.7.04.

Worldviews (2002): *Survey of American and European Attitudes and Public Opinion on Foreign Policy*, unter: www.worldviews.org, Zugriff am 2.7.04.

Zaller, John/Chiu, Dennis (2000): *Government's Little Helper*, in: Nacos, Brigitte L./Shapiro, Robert Y./Pierangelo, Isernia (Hrsg.): *Decisionmaking in a Glass House. Mass Media, Public Opinion, and American and European Foreign Policy in the 21st Century*, Lanham u.a., 61-84.

7. Anhang

7.1. Medienpräsenz der Eliten

Deutschland		Frankreich		Großbritannien		Italien		Portugal		Spanien	
Schröder	108	Villepin	47	Blair	134	Berlusconi	617	Barroso	331	Aznar	810
Fischer	52	Raffarin	43	Straw	35	Papst JP II	330	Rodrigues	109	Zapatero	198
Struck	29	Chirac	32	Cook	27	Fini	170	Sampaio	133	Llamazares	103
Stoiber	25	Juppé	30	Short	25	Prodi	146	M da Cruz	71	Palacio	101
Merkel	21	Balladur	18	Hoon	10	Fassino	144	Carvalhas	48	Rajoy	78
Schäuble	13	Ayrault	17	Denhaus	10	Ciampi	143	Portas	25	Anasagasti	29
Klose	11	Hollande	13	Dalyell	7	D'Alema	138	Fazenda	32	Trias	28
Erlar	7	Buffet	10	Brown	7	Frattini	132	Soares	35	Aristegui	8
		Bayrou	9	Goldsmith	6	Martino	129				
		Alliot-Marie	0			Rutelli	125				
						Cofferati	120				
						Casini	85				
						Bertinotti	67				
						Amato	65				
						Giordano	62				
						Bossi	59				

7.2. Positionen der Eliten

Deutschland	Schröder	Fischer	Struck	Stoiber	Merkel	Schäuble	Klose	Erlar	Mittel	Staw
Aug 02	5	5	4	3,25		3	3,7	4	4,0	0,72
Sep 02	5	5		4	3	3		4	4,0	0,82
Okt 02	5	5	3		4	3		5	4,2	0,90
Nov 02	5	5	3,75	3		2	3		3,6	1,10
Dez 02	5	4,75	5			3	3	4,7	4,2	0,89
Jan 03	5	5	4	3	4	2,7	3	4	3,8	0,83
Feb 03	5	5	4	3	2,5	2,7	2,75	5	3,7	1,06
Mrz 03	5	5	3,3	3,5	3	2,5	3	4,3	3,7	0,89
Mittel	5,0	5,0	3,9	3,3	3,3	2,7	3,1	4,4	3,9	0,90

Frankreich I	Villepin	Raffarin	Chirac	Juppé	Balladur	Ayrault
Sep 02	4,8	4,6	4	4,2	5	5
Okt 02	4,5	4	4,25	4	4	5
Nov 02	4	3,25	4,25	4	4	5
Dez 02	3,2	4	4	4	4	5
Jan 03	4	4	4	4	3	5
Feb 03	4	3,75	4,5	4	3,5	5
Mrz 03	4	5	4,33	5	5	5
<i>Mittel</i>	<i>4,1</i>	<i>4,1</i>	<i>4,2</i>	<i>4,2</i>	<i>4,1</i>	<i>5,0</i>

Frankreich II	Hollande	Buffet	Bayrou	Alliot-Marie	Mittel	Staw
Sep 02	5	5	4,8	4,2	4,7	0,37
Okt 02	5	5	5	4	4,5	0,45
Nov 02	5	5	5	3,5	4,3	0,63
Dez 02	5	5	5	5	4,4	0,62
Jan 03	5	5	5	2,5	4,2	0,84
Feb 03	5	5	5	2,5	4,2	0,79
Mrz 03	5	5	4,33	4	4,7	0,42
<i>Mittel</i>	<i>5,0</i>	<i>5,0</i>	<i>4,9</i>	<i>3,7</i>	4,4	0,59

Großbritannien	Blair	Straw	Cook	Short	Hoon	Denham	Dalyell	Brown	Goldsmith	Mittel	Staw
Aug 02		3								3,0	0,00
Sep 02	4,3	3					5			4,1	0,82
Okt 02	3	3			3		5			3,5	0,87
Nov 02	3	2,8			3		5			3,5	0,90
Dez 02	3	2,5		4	3		5			3,5	0,89
Jan 03	2,2	3,4		3,8	2,6		5		4	3,5	0,92
Feb 03	3	2		3,3	2		5		3,5	3,1	1,02
Mrz 03	2	1,7	5	4,6	3	5	5	4	3	3,7	1,25
<i>Mittel</i>	<i>2,9</i>	<i>2,7</i>	<i>5,0</i>	<i>3,9</i>	<i>2,8</i>	<i>5,0</i>	<i>5,0</i>	<i>4,0</i>	<i>3,5</i>	3,5	0,83

Italien I	Berlusconi	Ciampi	Fini	Bossi	Frattini	Martino	Rutelli	D'Alema
Nov 02	3		2		3	3	5	
Jan/Feb 03	2	3	1	3	3	1	5	5
Mrz 03	1	2	1	2	2	1		5
<i>Mittel</i>	<i>2,0</i>	<i>2,5</i>	<i>1,3</i>	<i>2,5</i>	<i>2,7</i>	<i>1,7</i>	<i>5,0</i>	<i>5,0</i>

Italien II	Fassino	Bertinotti	Prodi	Amato	Casini	Cofferati	Papst JP II	Mittel	Staw
Nov 02	5	5		5		5		4	1,15
Jan/Feb 03	5	5			2	5	5	3,5	1,55
Mrz 03	5	5	5	4		5	5	3,3	1,73
<i>Mittel</i>	<i>5,0</i>	<i>5,0</i>	<i>5,0</i>	<i>4,5</i>	<i>2,0</i>	<i>5,0</i>	<i>5,0</i>	3,6	1,46

Portugal	Barroso	Rodrigues	Sampaio	da Cruz	Carvalhas	Portas	Soares	Fazenda	Mittel	Staw
Aug 02	1	4	4	2	5	5	3	5	3,6	1,33
Sep 02	1	4	4	1,4	5	5	3	5	3,6	1,42
Okt 02	1	4	4	1	5	5	3	5	3,5	1,49
Nov 02	1	4	4	1	5	5	3,3	5	3,5	1,48
Dez 02	1	4	4	1	5	5	4	5	3,6	1,49
Jan 03	1	4	4	1,8	5	5	4	5	3,7	1,35
Feb 03	1	4	4	2	5	5	4,8	5	3,8	1,35
Mrz 03	1	4	3,7	2	5	5	5	5	3,8	1,37
<i>Mittel</i>	<i>1,0</i>	<i>4,0</i>	<i>4,0</i>	<i>1,5</i>	<i>5,0</i>	<i>5,0</i>	<i>3,8</i>	<i>5,0</i>	<i>3,7</i>	<i>1,41</i>

Spanien	Aznar	Zapatero	Llamazares	Palacio	Rajoy	Anasagasti	Trías	Aristegui	Mittel	Staw
Sep 02	2	4	5	2	2	5	4	1,7	3,2	1,34
Jan 03	2	4	5	2	2	5	4	1	3,1	1,45
Feb 03	1	4	5	1,8	2	5	4	1	3,0	1,60
Mrz 03	1	5	5	1	1,3	5	4,7	1	3,0	1,93
<i>Mittel</i>	<i>1,5</i>	<i>4,3</i>	<i>5,0</i>	<i>1,7</i>	<i>1,8</i>	<i>5,0</i>	<i>4,2</i>	<i>1,2</i>	<i>3,1</i>	<i>1,6</i>

In dieser Reihe sind bisher erschienen:

- AIPA 4/2004: Stephan Klingebiel und Katja Roehder: Militär und
Entwicklungspolitik in Post-Konflikt-Situationen
- AIPA 3/2004: Conrad Schetter: Kriegsfürstentum und Bürgerkriegsökonomien in
Afghanistan
- AIPA 2/2004: Andrea K. Riemer und Gunther Hauser: Die Nationale
Sicherheitsstrategie der USA und die Europäische Sicherheitsstrategie:
Ein Vergleich des Unvergleichbaren
- AIPA 1/2004: Kai Oppermann: Blair's U-turn – Das britische Referendum über eine
europäische Verfassung
-
- AIPA 4/2003: Andrea Szukala (Hrsg.): Anti-Terror-Politik in Deutschland
- AIPA 3/2003: Andrea Szukala (Hrsg.): Krieg im Irak – Krieg gegen den Terror?
- AIPA 2/2003: Kai Oppermann: New Labour und der Euro – Die Imperative des
innerstaatlichen politischen Wettbewerbs
- AIPA 1/2003: Elke Krahnmann: The Privatization of Security Governance:
Developments, Problems, Solutions